

Bremen, Juni 1916.

Nr. 7.**Verhandlungen der Bürgerschaft.**

Sitzung vom 21. Juni 1916.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Uchelis, Ed.	Fohne, H.
Upelt, Dr. jur.	Frande, Friß.
Bassermann, Herm.	Freeje, Jac. Carl Heinr.
Becké, Stadtdirektor.	Freje, Emil.
Behle, C.	Garbrecht, F.
Blanke, W.	Gildemeister, Dr. jur.
Böhmert, Dr. phil.	Gejemeyer, F.
Bohnenkamp, Chr.	Heumann, H.
Brasch, Herm.	Jacobi, C. A.
Claussen, Staatsbaurat.	Kirbiß, Diedr.
Cordes, J.	Kohls, P.
Cramer, A. W.	Kunoth, G.
Davin, J.	Lampe, Joh.
Fitger, E.	

Liesau, Dr. med.
 Logemann, Fr.
 Löwe, R.
 Madtstedt, A.
 Mehrtens, A.
 Meyer, Friß.
 Meyer, Heinr.
 Meyer, Robert.
 Müller, H.
 Mundhenke, A.
 Noltenius, Fr.
 Oldehoff, H.
 Plath, Ad.

Probst, Prof.
 Rhein, Herm.
 Rieniets, A. G.
 Sager, H.
 Stichnath, C.
 Strube, Dr. jur.
 Struckmann, Helm.
 Tetens, Dr. jur.
 v. Uebel, F.
 Binnen, F. A.
 Voigt, J. C.
 Waltemath, Fr.
 Wuppelahl, H. A.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

Verhandelt Seite

Verhandelt Seite

A. Vertrauliche Sitzung.**B. Öffentliche Sitzung.**

- I. Mitteilung des Senats vom 6. Juni 1916:
 1. Maßnahmen aus Anlaß des Krieges 137
 2. Fleischbestandsaufnahme 137
- II. Mitteilung des Senats vom 16. Mai 1916:
 1. Erweiterung und Unterhaltung der Gas- und Wasserrohrleitungen und des Kabelnetzes der Erleuchtungs- und Wasserwerke 1916 132
 2. Einstellung des Betriebsbudgets der Erleuchtungs- und Wasserwerke in das Budget 134
- III. Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1916:
 1. Schulgeldfreiheit aus Anlaß des Krieges 134
 2. Jahresbericht der Deputation für die Stadtbibliothek 150
 3. Anschluß der Stadtbibliothek an das Fernsprechnetz 150
 4. Neuanschaffungen für die Stadtbibliothek 150
- IV. Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1916:
 1. Regulierung der Waller Heerstraße, Ecke Stiftstraße 150
 2. Uebertragbarkeit der sämtlichen Positionen des Spezialbudgets N. 126, Jugendamt 150

- V. Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1916:
 4. Nachbewilligung auf den Voranschlag des Hanseatischen Oberlandesgerichts für 1916 151
- VI. Mitteilung des Senats vom 30. Mai 1916:
 Budget der öffentlichen Grundstücke 151
- VII. Mitteilung des Senats vom 9. Juni 1916:
 1. Jahresbericht des Gewerbemuseums 1915/16 151
 2. Pachtvertrag mit der Bremer Straßenbahn A.-G. über Gelände in Burg 151
- VIII. Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1916:
 1. Antrag, betreffend Quartierlasten 151
 2. Antrag, betreffend Eingabe wegen Verwertung der Gasthöfe im Dienste des Militärs.
 3. Gewerbemuseum. Schulgeld für Hospitanten. (N. 3. Verh. gef.)
- IX. Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1916:
 Budget für das Rechnungsjahr 1916. (N. 3. Verh. gef.)
- X. Mitteilung des Senats vom 2. Juni 1916:
 1. Jahresbericht über die Technischen Staatslehranstalten für das Schuljahr 1915/16.
 2. Jahresbericht über die Wohnungspflege in der Stadt Bremen im Jahre 1915. (N. 3. Verh. gef.)

Verhandelt Seite

Verhandelt Seite

- XI. Mitteilung des Senats vom 24. Mai 1913:
9. Bebauungsplan eines Teils der Vorstadt Schwachhausen. (N. 3. Verh. gef.)
- XII. Mitteilung des Senats vom 8. November 1913:
8. Dienststellen im Eisenbahnbetriebe des Hollauschlußgebiets. (N. 3. Verh. gef.)
- XIII. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1913:
4. Aenderung der Hinterlegungsordnung und des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskosten-gesetz. (N. 3. Verh. gef.)
- XIV. Mitteilung des Senats vom 12. Mai 1914:
3. Gesetz, betreffend Abänderung des § 26 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. Juli 1899 (Gesetzbl. S. 61). (N. 3. Verh. gef.)

- XV. Mitteilung des Senats vom 6. April 1915:
2. Kabeldurchleitung durch Bremen. (N. 3. Verh. gef.)
- XVI. Mitteilungen des Senats vom 21. und 25. Mai 1915:
2. Besteuerung der infolge des Krieges erzielten Gewinne. (N. 3. Verh. gef.)
- XVII. Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 1915:
1. Feuerversicherung von Staatseigentum. (N. 3. Verh. gef.)
- XVIII. Antrag, betreffend Zeit des Predigerunterrichts. (N. 3. Verh. gef.)

Herr Dr. Nuidde präsidiert.

Es findet zunächst eine vertrauliche Beratung statt.
Beginn der öffentlichen Sitzung 6 Uhr 52 Min.
Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 20. Juni:

1. Verbreiterung der Sebaldsbrücker Heerstraße bei der Einmündung der Vahrerstraße.
2. Kohlenstraße.
3. Bericht des Jugendamts über das dritte Geschäftsjahr 1915/16.
4. Ersparnisse aus dem Fonds Neu- und Umlegungen bestehender Straßen.

Zu Senatskommissaren für die Verhandlungen, betreffend Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, und betreffend Fleischbestandsaufnahme,

sind die Herren Senator Dr. Stadtländer und Senator Dr. Spitta bestellt worden.

Der Bürgerschaft ist eine Eingabe von Kaffeehausbesitzern, betreffend Verlängerung der Musik bis 12³/₄ Uhr, zugegangen. Die Eingabe liegt in der Kanzlei zur Einsicht aus.

Schließlich habe ich der Bürgerschaft mitzuteilen, daß eine Einladung vom Vorsteher der Abteilung Bremen der deutschen Kolonialgesellschaft eingegangen ist, einem Vortrag Seiner Excellenz des Staatssekretärs des Reichskolonialamts Herrn Dr. Solf beizuwohnen über das Thema „Lehren des Weltkrieges für Deutschlands Kolonialpolitik.“ Der Vortrag findet nächsten Montag, den 26. Juni, abends 8¹/₄ Uhr im großen Saale des Casinos statt. Eintrittskarten zu

diesem Vortrage stehen den Mitgliedern der Bürgerschaft unentgeltlich zur Verfügung und können an der Kanzlei des Bürgeramts bis Freitag mittag 12 Uhr in Empfang genommen werden. Dann wird die Rückgabe der Karten, die nicht genommen sind, erfolgen.

Die Gegenstände unter I der Tagesordnung können erst um 7¹/₄ Uhr zur Verhandlung kommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. Mai 1916:

1. Erweiterung und Unterhaltung der Gas- und Wasserrohrleitungen und des Kabelnetzes der Erleuchtungs- und Wasserwerke 1916.

Herr Leymann: Herr Präsident! Meine Herren! Wir möchten auch bitten, die Vorlage zu genehmigen, jedoch auf Seite 382 unter IV werden verlangt: für Unterhaltung des Wasserrohrnetzes für Auswechselungen: Rückstände aus den Vorjahren 42 000 M., neue Anträge 29 500 M., und sonstige Unterhaltung 8500 M., zusammen 80 000 M. Die Auswechselung von Wasserröhren und die Reinigung hat die Bürgerschaft schon des öfteren besprochen, ich glaube in letzter Zeit zweimal; und verschiedene Äußerungen sind gekommen, man sollte lieber anstatt zu erneuern versuchen, ob sich die Röhren nicht reinigen lassen. Diese Reinigung hat sich in letzter Zeit in anderen Städten, auch in Bremen bewährt. Ich sehe wahrhaftigen Gott nicht ein, warum man sich das nicht auch bei uns nutzbar machen will. Wir haben auch in letzter Zeit darüber verhandelt, und da ist ausgerechnet, daß das Auswechseln von Wasserröhren

bei geringer Rohrstärke sechs Mark kostet. Es hat sich herausgestellt, daß die Verzeufelung richtig war. In letzter Zeit sind Röhren in der Bohnenstraße ausgetauscht, und da hat sich herausgestellt, daß das mindestens pro Meter 12—15 M gekostet hat, und es ist gesagt, es koste nur sechs Mark. Das war so widersinnig, daß es nicht glaubhaft sein konnte. Dagegen hat ein Bremer Unternehmer der Deputation angeboten, die Röhren zu reinigen zum Preise von 2.65 M pro Meter. Bei dieser Gelegenheit hat der Staat den Vorteil, daß er die Straßen nicht zu sperren braucht; es könnte bei Nacht oder bei Tage gemacht werden, und alle 250 Meter wird ein kleines Loch eingeschnitten und von da aus gereinigt. Das bietet so viele Vorteile, daß man sich nicht besinnen sollte, ob man nicht auch diesen Vorteil erreichen kann, und da bitte ich, dem folgenden Antrage zuzustimmen:

Die Bürgererschaft bewilligt die für Unterhaltung des Wasserrohrnetzes neu beantragten 38 000 M unter Vorbehalt und beschließt die Niederlegung einer Kommission von 9 Mitgliedern zur Prüfung der Frage, welche Mittel geeignet sind, eine bessere Reinigung des Wasserrohrnetzes zu erzielen. Sie ersucht den Senat, sich bei den Verhandlungen kommissarisch vertreten zu lassen.

Gleichzeitig ersucht sie den Senat, die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke anzuweisen, die bereits bewilligten, aber noch nicht verbrauchten 42 000 M bis nach Eingang des Kommissionsberichts nicht zur Verwendung zu bringen.

Ich glaube, meine Herren, damit erreichen wir, daß die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke die Erweiterung des Kabelnetzes vollständig durchführt. Wir erreichen, daß die Frage mal geprüft wird. Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, diese Sache näher zu besehen. Der hiesige Schlossermeister Kennert hat in Staßfurt die ganze Wasserleitung gereinigt. Da saß nicht nur weicher, sondern verkalkter Schmutzansatz in den Röhren, und den hat er vollständig herausgeholt, so daß es heute so gut wie neu ist. Und auf dem hiesigen Bahnhofe waren die Röhren so verschmutzt, daß sie kaum noch zu benutzen waren. Sie wurden von dem Unternehmer gereinigt, und heute funktionieren sie so gut wie neue Röhren. Wenn derartige Erfolge schon vorliegen, dann sehe ich nicht ein, weshalb man es immer zurückweist und immer 12 bis 15 M pro Meter ausgeben will für das, was wir für 2—3 M haben können, und da bitte ich, unsern Antrage zuzustimmen, dann wird Klarheit geschaffen in der Bürgererschaft, ob diese Klärung etwas für sich hat, oder ob sie nicht zu gebrauchen ist. Kommt die Kommission zu der Ueberzeugung, daß sie nicht zu gebrauchen ist, dann haben wir unsere Pflicht getan und können die Summe bewilligen und müssen zur Auswechselung übergehen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Dr. Feldmann: Ich bin ebenfalls der Meinung, daß diese Frage wegen des Zustandes der Wasserrohre nicht geklärt ist. Ich halte es auch für durchaus notwendig, daß in dieser Frage mehr geschieht. Was wir bisher angenommen haben, trifft nicht zu. Die Fälle, auf welche Herr Leymann zurückgegriffen hat von Staßfurt und von der Bahn, sind nicht vollkommen vergleichbar. In Staßfurt ist es ein Steinsalz, Gyps, und auf dem Bahnhofe Eisen, welches in unserm Grundwasser gelöst ist, und welches, wenn es an die Oberfläche kommt, sich ausscheidet. Bei unserm Leitungswasser ist es etwas anderes, es wird das Eisen geradezu aus den Röhren selbst genommen, weitergespült und schlägt in den Röhren wieder nieder. Wenn man nun bedenkt, daß ein großer Teil unseres Rohrnetzes durch einen Ansaß von Eisenrost verschmutzt ist, soweit, daß es fast allmählich zugehen muß, daß der Querschnitt nicht mehr vorhanden ist, daß die Konsumenten beinahe nicht mehr das Quantum Wasser bekommen, auf das sie Anspruch haben, dann meine ich, es müßte mehr geschehen, als jetzt geschieht. Der Direktor des Wasserwerks hat Bedenken gegen das Verfahren von Herrn Kennert; ich denke anders darüber. Ich glaube, daß man wohl auf diesem Wege etwas erreichen kann. Es besteht das Bedenken, daß durch das Ausschaben die Röhren verletzt werden. Die werden mit einem Anstrich von Teer versehen, zum Schutz gegen die Rostbildung, das gebe ich gern zu; aber dieser Anstrich wird in vielen Fällen lädiert bei dem Anschließen von Röhren und auch in andern Fällen beschädigt, so daß ein Teil der natürlichen Rostbildung möglich ist. Ich habe nichts gegen den Antrag von Herrn Leymann. Ich glaube, daß die Deputation an sich bereit sein wird, noch weitere Versuche mit dem Kennert'schen Verfahren zu machen. Nach meiner Meinung ist Herr Kennert etwas zu früh damit hervorgekommen. Sein System war noch nicht vollständig fertig, als er es der Deputation anbot und die ersten Versuche machte. Das mag wohl die Ursache sein, daß die Deputation nicht weiter darauf eingegangen ist. So geht es mit allen Erfindungen, im Laufe der Zeit werden sie erst vollkommen. Nun darf man nicht annehmen, daß Herr Kennert der einzige wäre. Z. B. die Stadt Krefeld hat ein anderes System, die Röhren von Rost zu befreien, angewandt. Es ist von einer Firma in Berlin geliefert, und Krefeld ist sehr zufrieden. Auch dort ist es ohne Abkragen nicht abgegangen. Der Direktor unseres Wasserwerks fürchtet, daß durch die Anwendung des Verfahrens von Herrn Kennert der innere Asphaltanstrich abgekratzt wird, und daß dann die Bildung des Rostes mehr als jetzt der Fall sein wird. Ich meine, wir sollten etwas tun, um die Röhren vom Ansaß zu befreien. Ich halte das für wichtig, weil wir gesehen haben, daß der Ansaß in unsern Röhren einen großen Teil vom Querschnitt einnimmt. Es wäre von großer Bedeutung, wenn es

gefänge, ein billiges Verfahren zu finden, welches von dieser Kalamität befreit. Die Frage ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Herr Kruse: Die Befürchtung, welche Herr Dr. Feldmann ausspricht, daß unsere Röhren durch andere Massen besetzt werden, als die Röhren in Krefeld, mag richtig sein. Aber gerade dieser Rost, der sich in den Röhren bildet, ist leichter herauszukriegen, als es bei Rost der Fall ist. Der Rost wird erst hart, wo er eintrocknet, in der Wasserleitung wird er aber nicht zum Eintrocknen kommen. Herr Rennert hat den Beweis geliefert, daß durch sein Verfahren die Röhren bei Beginn der Rostbildung leicht zu reinigen sind. Er hat in der Fichtenstraße die Röhren gereinigt. Ob sich diese Reinigung bewährt hat, müßte sich herausgestellt haben. Die Verbesserung ist so, daß von einem wesentlichen Angreifen der Röhren wohl wenig die Rede sein kann, weil dieser Mechanismus durch einen leichten Federdruck auseinander gespalten wird und durch einen weiteren leichten Federdruck geht der Mechanismus wieder zusammen, so daß eine nennenswerte Beschädigung nicht vorkommen kann. Ich glaube vielmehr, daß es mehr daran liegt, was man vor dem Kriege zum Ausdruck gebracht hat, daß Herr Rennert nicht die Person ist, der große Sympathie entgegengebracht wird. Ich freue mich über den Antrag von Herrn Leymann und werde ihm zustimmen, und ich bitte auch Sie, zustimmen zu wollen.

Herr Hornmann: Herr Präsident! Herr Leymann hat sich durchaus nicht auf die Methode des Herrn Rennert festgelegt, sondern allgemein von Mitteln zur besseren Reinigung des Wasserrohrnetzes gesprochen, wenn also die Methode des Herrn Rennert auch Mängel haben sollte, so ist doch kein Grund vorhanden, den Antrag von Herrn Leymann abzulehnen. Ich glaube, es ist für die Bürgerschaft einfach Pflicht, nach Mitteln zu suchen, durch welche die Röhren mit möglichst wenig Aufwand zu reinigen sind. Wir sollten den Antrag von Herrn Leymann annehmen, damit eine sachverständige bürgerchaftliche Kommission mit anderen sachverständigen Herren die Frage prinzipiell prüft. Ich glaube, daß das im Interesse der Staatsfinanzen liegt und bitte deshalb, den Antrag des Herrn Leymann anzunehmen.

Der Antrag Leymann wird angenommen.

Im übrigen wird der Antrag der Deputation angenommen.

2. Einstellung des Betriebsbudgets der Erleuchtungs- und Wasserwerke in das Budget.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Präsident: Wir nehmen die Mitteilung dankend entgegen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1916:

1. Schulgeldfreiheit aus Anlaß des Krieges.

Herr Karrenberg: Herr Präsident! Meine Herren! Die Bürgerschaft wird sich zweifellos mit der Vorlage einverstanden erklären. Die Schulgeldfreiheit für die Kinder gefallener Krieger hat den Zweck, insbesondere den Witwen eine Erleichterung zu gewähren und den Kindern die Fortsetzung ihrer Schulausbildung zu sichern an der Stelle, die sie einmal eingenommen haben. Die Schuldeputation hat aber in ihrem Berichte im letzten Satz gesagt:

„Sie sieht es allerdings als selbstverständlich an, daß dies Verfahren auf solche Fälle beschränkt bleibt, in denen es durch die Vermögenslage der in Frage kommenden Familien gerechtfertigt wird.“

Ich kann mir nicht denken, daß von irgend jemand ein Antrag auf Befreiung von Schulgeld gestellt werden wird, der nicht durch seine Vermögenslage dazu gezwungen ist. Man sollte in allen diesen Fällen keine Schwierigkeiten machen und die Prüfung der Vermögenslage nur dann vornehmen, wenn begründete Vermutung vorhanden ist, daß eine mißbräuchliche Ausnutzung der Vergünstigung zu befürchten ist.

Herr Riecke: Nach dem vorliegenden Berichte soll allen Schülern der staatlichen Lehranstalten Schulgeldfreiheit bis zum Verlassen der Schule gewährt werden. Selbstverständlich sind wir damit einverstanden. Ich muß aber dabei erwähnen, daß es außer den staatlichen Lehranstalten Vorschulen und höhere Töchterschulen gibt. Wenn dieser Beschluß gefaßt würde, so würde er zu Härten führen angesichts der Neuorientierung der Klassengegensätze, die nach dem Kriege einsetzen. Diese werden noch eine großartige Verschärfung erfahren. Diejenigen Schüler, welche die staatlichen Lehranstalten besuchen, sind doch meistens die Söhne, weil wir sonst mit Ausnahme der Vorschulen keine staatlichen Lehranstalten für Knaben haben. Das würde also dahin führen, daß in den Familien, die begabte Kinder haben, die Töchter, wie Herr Karrenberg schon ausführte, wo ein Bedürfnis vorliegt, den Volks- oder Freischulen überwiesen werden müssen. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß häufig ungleich begabte Kinder in derselben Familie sind, das führt dann zu Differenzen, es werden Bitterkeiten entstehen innerhalb der durch den Krieg hart betroffenen Familien. Ich sehe von den Vorschulen ab, deren prinzipielle Gegner wir sind. Es würde, wenn keine Regelung erfolgte, das einfachste bei der Regelung dieser Sache sein, daß die Töchter aus den sogenannten höheren Töchterschulen beim Quartalswechsel den Staatsschulen überwiesen werden. Das könnte aber zur Folge haben, daß sehr viele kleine Existenzen durch den Krieg ruiniert werden, und daß diese Privatschulen

dem Untergange entgegengehen würden. Wir haben nichts dagegen, wenn mit diesen Inhabern ein Abkommen getroffen wird durch Ermäßigung des Schulgeldes und Uebernahme des Restes dieses Schulgeldes durch den Staat. Ich bin der Meinung, daß es jedenfalls seitens der Schuldeputation vergessen ist, dieses ihrem Berichte einzufügen. Ich erlaube mir deshalb, folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob, wenn ein Angehöriger des Heeres oder der Marine, der zur Zahlung von Schulgeld für einen oder mehrere Schüler oder Schülerinnen privater Lehranstalten (höhere Töchterschulen, Vorschulen usw.) verpflichtet war, im gegenwärtigen Kriege den Tod erleidet, den an seine Stelle tretenden Zahlungspflichtigen auf Antrag auch für diese Schüler bis zum Tage ihres Austritts aus der von ihnen zur Zeit besuchten Lehranstalt Schulgeldfreiheit gewährt werden kann, so daß vom Staate die ganze oder teilweise Zahlung zu übernehmen wäre, wenn die Vermögenslage der in Frage kommenden Familien es rechtfertigt.

Ich bin einverstanden, wenn der Schlußpassus, wie Herr Karrenberg ausführt, gestrichen wird. Ich bin auch der Meinung, daß die Leute, die in guten Vermögensverhältnissen sind, von diesem Vorschlage nicht Gebrauch machen werden.

Ich bitte die Bürgerschaft, meinen Antrag annehmen zu wollen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Franke: Was Herrn Karrenbergs Bedenken anbelangt, so hat die Schuldeputation geglaubt, diesen Satz anfügen zu sollen, damit nicht jeder Einzelne, ob seine Vermögensverhältnisse es rechtfertigen oder nicht, Anspruch darauf machen kann. Daß wir selbstverständlich mit der größten Vorsicht und Rücksicht vorgehen werden, können Sie uns wohl zutrauen. Ich glaube, daß man in dieser Beziehung sich beruhigen kann. Es geht ja schon aus der übrigen Fassung des Berichts hervor, daß die Schuldeputation der Ansicht ist, daß die Hinterbliebenen der Gefallenen mit der größten Rücksicht und Zuvorkommenheit behandelt werden sollen.

Was den Antrag Rieke anbelangt, so ist auch in der Schuldeputation die Rede davon gewesen, wir haben aber nicht eingesehen, daß wir auf irgend eine Weise imstande wären, einen Druck auf die Privatschulen auszuüben. Wir wissen aber, daß die höheren Töchterschulen in dieser Beziehung ganz außerordentlich entgegenkommend sind. Wir wissen, daß in vielen der höheren Töchterschulen eine große Zahl junger Mädchen vorhanden ist, denen das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen ist, und wir glauben uns darauf ver-

lassen zu können, daß dieses Prinzip erst recht in den traurigen Fällen, um die es sich hier handelt, aufrecht erhalten werden wird. Das einfachste wäre allerdings, daß beschlossen würde, daß in jedem Falle, wo der Tod des Vaters oder des Versorgers eintritt und die Familie notleidend wird, der Staat eintreten soll. Ich glaube aber, daß das nicht richtig wäre, denn dann hätten auch die Leiterinnen oder die Leiter der höheren Mädchenschulen ja keinen Grund, das Schulgeld zu ermäßigen, denn wie in vielen Fällen so würde man auch hier mit einer gewissen Berechtigung sagen können: Wenn der Staat die Verpflichtung übernommen hat, dann kann er schließlich auch das volle Schulgeld bezahlen. Ich bin fest überzeugt nach den Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, daß die Leiter und Leiterinnen der Privatschulen, soviel es in ihren Kräften steht, in solchen Fällen entgegenkommen werden. Ich glaube daher, daß wir diesen Antrag nicht anzunehmen brauchen.

Herr Waigand: Herr Präsident! Unser Antrag will, daß den Witwen der Minderbemittelten, die gut veranlagte Kinder haben und eine höhere Schule besuchen, auch wenn der Vater gefallen ist, die Möglichkeit gegeben werde, die Kinder weiter ausbilden zu lassen. Wenn auch die Direktoren und Inhaber von Privatschulen während des Krieges vielleicht einige Rücksicht üben mögen, so wird später, nach dem Kriege, diese Rücksicht jedenfalls weichen. Wir wissen doch aus den Verhandlungen wegen der Uebernahme von Lehranstalten in Staatsbetrieb, daß die Direktoren und Inhaber darüber klagten, daß sie mit dem Gelde nicht auskämen und daß sie die Lehrkräfte nicht entsprechend bezahlen können. Da sollte der Staat die Differenz übernehmen, wie es in unserem Antrage heißt „ganz oder teilweise“. Wenn der Direktor es sich leisten kann und er teilt das Schulgeld, erläßt es zum Teil, so ist das jedenfalls zu begrüßen, aber der andere Teil wird dann doch der Familie zur Last fallen, und sie ist vielleicht nicht imstande, ihre Kinder weiter ausbilden lassen zu können. Jetzt, wo wir die Einheitschule noch nicht haben, richtet sich die weitere Ausbildung nach dem Geldbeutel des Vaters. Und weil wir dagegen sind, wünschen wir, daß die Ausbildung jedem ermöglicht wird. Dieser Antrag ist gestellt, um einiges zu erreichen. Wenn die Schuldeputation die Frage noch einmal prüft, wird sie zu derselben Ueberzeugung kommen. Sie sollte Rücksprache mit den Direktoren nehmen, und wenn die sagen, daß sie nicht in der Lage seien, auf die Dauer die Schüler zu behalten, so wäre das für die Kinder sehr bedauerlich. Es wird sich bei den Minderbemittelten selten um weniger begabte Kinder handeln, sie werden nicht so unvernünftig sein, solche in höhere Schulen zu schicken, zumal diese Kinder mit verdienen müssen.

Herr A. Franke: Ich will Sie nicht lange aufhalten, sondern nur sagen, daß Herr Waigand mich

alsch verstanden hat. Die Erfahrungen, die wir gemacht haben und die ich persönlich gemacht habe, beschränken sich nicht auf die Kriegszeit, sondern schon lange vor dem Kriege, schon viele, viele Jahre vorher ist es, ich weiß das aus eigener Erfahrung, so gewesen, daß von Leitern der Mädchenschulen minderbemittelten Familien die Zahlung des Schulgeldes ganz oder teilweise erlassen ist.

Herr Karrenberg: Ich empfehle den Antrag Rieke, soweit er sich auf die höheren Mädchenschulen bezieht, zur Annahme, aber ich bitte, die Vorschulen herauszulassen. Die Vorschulen haben nur einen dreijährigen Kursus und entsprechen der Unterstufe der Volksschulen. Wir würden also nach dem Antrage nur die Kosten für die Ausbildung der Kinder bis zum neunten Jahre übernehmen. Aus den Vorschulen gehen die Kinder aber in höhere Schulen über, wir müßten dann weitergehende Maßnahmen treffen und Garantien für andere Schulgattungen übernehmen, für Realschulen, Oberrealschulen usw., wenigstens was das Schulgeld anbetrifft. Darum bitte ich, die Vorschulen herauszunehmen.

Präsident: Das würde erreicht werden, wenn Sie beantragen, daß in dem Antrag Rieke die Worte „Schüler oder“ und in der Klammer die Worte „Vorschulen usw.“ gestrichen werden.

Herr Karrenberg: Ich stelle den Antrag.

Das Amendement Karrenberg wird genügend unterstützt.

Herr Rieke: Mit der Abänderung des Herrn Karrenberg bin ich einverstanden. Herrn Franke möchte ich nur erwidern, daß später die Rechtslage verschieden sein würde: für die Söhne würden die Witwen einen rechtlichen Anspruch auf staatliche Ausbildung haben, hinsichtlich der Töchter aber auf eine milde Auffassung, auf das Wohlwollen der Inhaber der Privatanstalten angewiesen sein. Diese Ungleichheit sollte beseitigt werden, es sollte nicht zur Verschärfung der Klassengegensätze beigetragen, diese Gegensätze in die Familien hineingetragen werden. Ich bitte, den Antrag einstimmig anzunehmen.

Herr Hormann: Ich glaube, daß die Bedenken des Herrn Rieke zu weit gehen. Minderbemittelte schicken schon heute ihre Kinder nicht in höhere Töchter-schulen, das kommt wohl kaum vor. Und da eine Ermäßigung oder der Erlaß des Schulgeldes nur auf Antrag erfolgt, wird es sich bei den Töchter-schulen nur um sehr wenige Fälle handeln. Trotzdem kann ich mich der Ansicht des Herrn Franke nicht ohne weiteres anschließen, sondern muß die Bedenken des Herrn Rieke teilen, daß sich die Direktoren der höheren Mädchenschulen doch in vielen Fällen scheuen dürften, den Ausfall einfach auf ihr Konto zu nehmen. Herr Präsident! Ich glaube auch nicht, daß das, was nach

dem Antrage Rieke erreicht werden soll, stark zu Buch schlagen wird. Man könnte darum dem Antrage Rieke wohl zustimmen. Jedenfalls sollten wir die Schuldeputation ersuchen, weiter darüber zu berichten.

Herr A. Franke: Ich halte, wie ich schon gesagt habe, den Antrag nicht für nötig, sollte er aber angenommen werden, so möchte ich dafür sein, daß er in der ursprünglichen Fassung angenommen wird, und nicht der Antrag Karrenberg. Denn die Knaben der Vorschule würden, wenn dort für sie das Schulgeld bezahlt würde, nachher beim Uebergang in eine höhere Schule auf Grund dieses Berichts in eine andere Stellung kommen, wie die Schüler, die die höheren Lehranstalten schon jetzt besuchen. In dem Bericht steht:

„— — — der zur Zahlung von Schulgeld für einen oder mehrere Schüler staatlicher Lehranstalten verpflichtet war, — — —“

Wenn aber ein Schüler erst später in die Anstalt hineinkommt, war der Betreffende bis dahin nicht verpflichtet.

Präsident: Herr Franke, wollen Sie den Antrag abändern? Herr Rieke hat erklärt, daß er mit dem Amendement Karrenberg einverstanden sei und seinen Antrag dementsprechend abändere. Wollen Sie nun beantragen, daß die gestrichenen Worte wieder hineingesetzt werden?

Herr A. Franke: Für den Fall — — —

Präsident: Weitere Ausführungen können Sie jetzt nicht machen, da Sie Ihre Rede beendet hatten. Ich frage Sie nur, ob Sie ein Amendement zu dem Antrag haben stellen wollen.

Herr A. Franke: Ja. Ich stelle das Amendement, den Antrag in der ursprünglichen Form wieder herzustellen.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Hormann: Ich würde es bei der jetzigen Sachlage doch für zweckmäßig halten, die Vorlage zurückzuverweisen, damit die Schuldeputation das Material, das heute vorgebracht ist, also in erster Linie den Antrag Rieke, noch einmal prüfen kann, um dann auf Grund dieser Prüfung eine neue Vorlage zu machen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Es meldet sich sonst niemand zum Wort.

Der Antrag Hormann auf Zurückverweisung wird angenommen.

Präsident: Mir gegenüber ist der Wunsch ausgesprochen, daß die Vorlagen „Maßnahmen aus Anlaß des Krieges“ und „Fleischbestandsaufnahme“ zusammen

verhandelt werden möchten. Ich glaube, das dürfte sich wohl empfehlen. Die Herren Senatskommissare werden wohl damit einverstanden sein? (Zustimmung.) Darf ich annehmen, daß die Bürgerschaft zustimmt, daß jetzt beide Vorlagen zusammen beraten werden? Ich höre keinen Widerspruch. Das ist beschlossen.

Zu beiden Vorlagen sind als Senatskommissare Herr Senator Dr. Stadtländer und Herr Senator Dr. Spitta anwesend.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 6. Juni 1916:

1. Maßnahmen aus Anlaß des Krieges.

2. Fleischbestandsaufnahme.

Senatskommissare: Herr Senator Dr. Stadtländer und Herr Senator Dr. Spitta.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Stadtländer: Herr Präsident! Als die Bürgerschaft vor fast fünf Monaten einmütig und, wie alle deutschen Parlamente entschlossen zum Durchhalten, der Kriegsdeputation weitere fünf Millionen für ihre Zwecke bewilligte, tat sie es in der Zuversicht, daß unsere Kriegslage eine günstige sei und daß weitere Erfolge, die uns zu dem erwünschten Ziele führen, nicht ausbleiben würden. Diese Zuversicht darf die Bürgerschaft auch heute haben. (Sehr richtig!) Zwar sind die entscheidenden und die Wendung zum Frieden erzwingenden Schläge noch nicht gefallen, aber gewiß ist, daß unsere Kriegslage seit den fünf Monaten sich nicht ungünstiger, sondern günstiger gestaltet hat. (Sehr richtig!) Ich brauche nur einige Worte zu nennen. Denken Sie, meine Herren, an den Erfolg der mit uns verbündeten Türken bei Kut-el-Amara, denken Sie an unsern großen Angriff bei Verdun, und denken Sie an die ebenfalls großen und schon mit erheblichen Erfolgen gekrönten Angriffe der Oesterreicher im Trentino, und vor allem, was unsern Stolz und unsere Freude besonders gehoben hat, denken Sie an den Hauptschlag, den nach den vielen Schlägen, die unsere Feldgrauen ausgeführt haben, nun unsere Blauen endlich nach langer Geduldsprobe geführt haben. Sie alle werden mir beistimmen, wenn ich sage: die Kriegslage hat sich gebessert. Dieser Hauptschlag unserer Marine ist und bleibt ein Sieg unserer Marine trotz aller Verdrehungen und Unwahrheiten, die England in der Welt verbreitet. Für diese Verdrehungen und Unwahrheiten ist für England bestimmend das Gefühl, daß die stärkste Säule seiner Herrschaft in der Welt, über deren Maß und Umfang wir bis zum Kriege noch gar nicht richtig unterrichtet waren, ins Wanken geraten ist. Und dieser Schlag, dieser Hauptschlag unserer Marine, dem, wie wir hoffen, noch weitere folgen werden, hat jedenfalls bewiesen, daß unsere Marine, wenn auch

nicht an Zahl, so doch an Tüchtigkeit der englischen mindestens ebenbürtig ist. (Lebhafter Beifall.) Bei dieser Sachlage, meine Herren, habe ich nicht den geringsten Zweifel, daß Sie wieder mit derselben Zuversicht wie früher der Kriegsdeputation die heute erbetenen vier Millionen bewilligen werden.

Der Sommer fängt heute an. Wir wissen nicht, ob uns der Sommer und der Herbst die entscheidenden Schläge bringen und wir vor einem dritten Winterfeldzuge bewahrt werden. Wir müssen auch dem ins Auge sehen und auch in ihm, wenn es nötig ist, durchhalten.

Was uns im Augenblick drückt, meine Herren, das sind die Fragen der Volksernährung. Sie sehen aus dem Bericht die großen Ausgaben der Kriegsdeputation, besonders diejenigen für die Familien der im Felde Befindlichen und sodann für die Volksernährung. Wir befinden uns in dieser Beziehung im gegenwärtigen Zeitpunkt hoffentlich in dem ungünstigsten, den wir während des ganzen Krieges erlebt haben und erleben werden. Wir zehren, wenn ich so sagen darf, von den Resten der alten Ernte, und die Erträge der neuen Ernte kommen für den Augenblick noch nicht in Frage, sie sind sogar in der letzten Zeit durch ungünstiges Wetter um einige Wochen leider verzögert. Aber gewiß ist, daß diese Uebergangszeit, während deren die alten Reste zu knapp sind und neue Erträge des Bodens noch nicht zur Verfügung stehen, nur kurz sein kann. So darf ich auch an unsere Bevölkerung die Bitte richten, auch diese kurze Zeit noch durchzuhalten, es wird dann gewiß besser werden. Herr Senator Dr. Spitta wird Mitteilungen machen über die Maßnahmen, die seitens der Volksernährungskommission und der Kriegsdeputation, die morgen tagt, beabsichtigt sind, um über diese gegenwärtige schwere Zeit hinwegzukommen. Ich bin gewiß, Sie werden die Ueberzeugung haben, daß alles geschieht, was möglich ist. Sie lesen von Mißständen, die sich anderwärts zeigen. Den Eindruck haben viele Herren aus Bremen, die viel nach außen kommen — und ich habe kürzlich auf einer Reise durch eine Reihe Städte denselben Eindruck empfangen — daß es vergleichsweise bei uns immer noch gut ist — nicht daß es gut sei, aber vergleichsweise dürfen wir zufrieden sein. Ich möchte Sie bitten, mit der gleichen Zuversicht wie bisher die neu erbetenen vier Millionen zu bewilligen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Hagemeyer (für die Deputation:) Wenn ich zunächst mich zu dem Bericht über die Fleischbestandsaufnahme wende, so kann ich nur sagen, daß ich mich gefreut habe, daß wir nach dem Antrage Waigand eine Fleischbestandsaufnahme gemacht haben, und ich bin davon überzeugt, daß sie zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen hat. Herr Präsident! Meine Herren! Ich habe gar keinen Zweifel daran gehabt, daß sich ein solches Resultat ergeben würde.

Wir kennen ja unser Geschäft, das wir nun schon bald zwei Jahre haben. Wir wissen, was für Waren wir herangeschafft haben und was von anderer Seite gekommen ist, und wir konnten uns so ein zutreffendes Urteil darüber bilden, was in Bremen an Vorräten vorhanden sein mochte. Wir kennen auch, kaufmännisch gesprochen, unsere Konkurrenz, das heißt die geraden und krummen Wege, auf denen sonst Vorräte gesammelt sein konnten.

Was nun die Verwendung der neuen Mittel anlangt, so sind die Ausgaben für Familienunterstützungen eine gegebene Sache. Bei unserer Lebensmittelversorgung werden wir im neuen Erntejahre nicht mehr so wie bisher arbeiten können: vorausschauend größere Mengen von Vorräten anzuschaffen. Mit Recht ist durch das neue Kriegsernährungsamt in weitgehendem Maße vorgeesehen, die ganze Verteilung der notwendigen Lebensmittel so an die einzelnen Kommunalverbände gehen zu lassen, daß überall das gleiche Quantum auf den Kopf der Bevölkerung im ganzen Deutschen Reiche kommt. So werden wir uns in vielen Fällen beschränken müssen, so gut es geht: eine gerechte Verteilung der uns aus Berlin zur Verfügung zu stellenden Lebensmittel vorzunehmen.

Als sehr notwendig kommt für uns die Aufgabe dazu, daß wir aus eigenem Boden durch Landwirte, Kleinlandwirtschaft und auch durch Viehzüchter, Großviehbesitzer und kleine Viehhalter alles beschaffen, hervorbringen, alles produzieren, was irgend zu produzieren ist. Bei all diesen Aufgaben wird uns in unverändertem Maße die ganze Bevölkerung helfen müssen. Großhandel, Kleinhandel, Gewerbetreibende, Beamtenstand; aus den Konsumenten müssen, soweit es möglich ist, Produzenten werden, sei es als Parzellenbesitzer oder als Kaninchenbesitzer, Ziegenhalter usw. Im übrigen hat schon der Herr Senatskommissar darauf hingewiesen, daß wir jetzt die allerhöchste Zeit haben, noch 14 Tage, vielleicht drei Wochen. Diese Zeit werden wir durchhalten müssen, bis die neue Ernte uns neue Vorräte in immer steigendem Maße bringt. Die schlimmste Zeit wird dann vorbei sein und wird so schlimm nicht wiederkehren. Man darf aber auch das Vertrauen haben, daß auch in den nächsten 14 Tagen unsere Bevölkerung, soweit es sich wenigstens um die wichtigsten Lebensmittel handelt, so versorgt wird, als es notwendig ist, damit eine Unterernährung der minderbemittelten Kreise nicht eintreten braucht. (Beifall.) Es handelt sich darum, noch eine kurze Zeit Geduld zu haben, dieselbe Geduld und Opferfreudigkeit, die unsere Soldaten in den Schützengräben in viel größerem Maße beweisen müssen. (Beifall.)

Herr Waigand: Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen die Art der Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Wenn in dem Bericht darauf hingewiesen wird, daß meine Ausführungen falsch gewesen seien, wenn gesagt wird, daß Fleisch in den Vorstädten doch

vorhanden gewesen wäre, so muß ich doch sagen, daß sich in den Vorstädten Mangel an Fleisch fühlbar gemacht hat. Das lag an der Organisation, an der Verteilung. Die ärmere Bevölkerung konnte nicht die Quantitäten kaufen, wozu sie berechtigt war, sondern es ist so gewesen, daß es immer denjenigen, die bessere Beziehungen zu den Fleischlieferanten hatten, möglich war, mehr Fleisch zu genießen. Wir haben ja heute eine noch größere Knappheit an Fleisch als früher. In der Regelung ist in dieser Beziehung ja etwas geschehen, aber trotzdem ist es Aufgabe der Behörden, alles mögliche zu tun, um Ungleichheiten zu beseitigen.

Was den andern Vorwurf betrifft, daß ich gesagt habe, wir sollten uns die Stadt Ulm wirtschaftlich als Vorbild nehmen, so wollte ich damit sagen, daß diese Stadt selbst Schweine gemästet, selbst dafür gesorgt hat, daß die Züchter und Landwirte ausgeschaltet worden sind, und daß vor allen Dingen da zu der Schweinemast die Abfälle aus der Stadt verwandt worden sind. Wir haben in Bremen einen Schweinestall im Blokkander Felde, der dem Staate gehört. Das ist ein sehr schöner Schweinestall, da hätte der Staat Schweinezucht treiben sollen. Dann hätten die Abfälle in der Stadt nicht verschwendet werden brauchen, und der Staat wäre auf seine Kosten gekommen, wenn er auch vielleicht kein Geschäft gemacht hätte. Jedenfalls wäre die Volksernährung dadurch mehr gesichert.

Was die Vorlage anbetrifft, so hat Herr Sagemeyer anerkannt, daß durch meinen Antrag Beruhigung in die Bevölkerung hineingebracht ist. Er steht damit im Gegensatz zu Herrn Hormann, der dazumal meinte, durch solche Anträge würde Beruhigung erzeugt. Nein, durch eine solche Aussprache, wenn man sagt, wie es ist, wird keine Beruhigung hervorgerufen, sondern dabei werden von der einen oder der anderen Seite oft Vorschläge gemacht, und man erkennt hieraus, wo einzugreifen ist.

Wir halten es auch für richtig, daß dem Staat außerordentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um besonders denjenigen, die in Bedrängnis geraten, zu helfen, und wir werden der Bewilligung weiterer vier Millionen zustimmen. Es wird in der Vorlage gesagt, daß bis jetzt eine Million ausgegeben sei als Zuluße für Lebensmittel. Das ist ja eine respektable Summe, aber im Verhältnis zu allem, was aufgewandt werden muß, ist das doch nicht beträchtlich, weil Bremen bis jetzt 12 Millionen bewilligt hat — heute weitere vier Millionen, das sind zusammen 16 Millionen.

Wenn wir Arbeitervertreter uns heute in der Ernährungsfrage besonders ins Zeug legen, so geschieht das deswegen, weil wir darüber erbittert sind, daß von der Reichsregierung zu spät und dann nur halb eingegriffen worden ist. Unsere Vertreter, der sozialdemokratische Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften, haben sich zur rechten Zeit an die Reichsregierung gewandt und haben ihr vorgestellt,

was sie zu unternehmen hätten. Schon am 13. August 1914 haben unsere Vertreter dem Reichskanzler geeignete Vorschläge gemacht; wenn sie zur Durchführung gekommen wären, dann hätten wir diese Katastrophe nicht gehabt. Man hat es nicht getan, weil man sich fürchtete vor dem Sozialismus, weil man fürchtete, daß dem Zwischenhandel Unannehmlichkeiten bereitet werden würden, und wir wissen, daß verschiedentlich in der Bürgerchaft bei ähnlichen Anträgen von uns gesagt worden ist, daß das ein Schritt in den Zukunftsstaat sei. Jetzt hätte man etwas weitsichtiger sein müssen. Wenn ich verlese, was unsere Vertreter am 13. August 1914 vom Reichskanzler forderten. In ihrer Eingabe hieß es:

Verpflichtung der Landwirte zum Verkauf ihrer Produkte an öffentliche Institutionen (Reich, Land, Gemeinden).

Preisfestsetzung für Produktionsmittel und Produkte für Produzenten und Zwischenhändler.

Produktion der Lebensmittel und Regelung des Umsatzes durch Kommunen.

Präsident, unterbrechend: Herr Waigand! Das hat mit dieser Vorlage über die Maßnahmen, die in Bremen getroffen sind, nichts zu tun.

Herr Waigand, fortsetzend: Wenn es auch nicht direkt damit in Verbindung steht, so muß ich doch sagen, daß Herr Hagemeyer darauf eingegangen ist, und er hat gesagt, daß alle Maßnahmen getroffen seien. Ich bin dieser Meinung nicht. Der bremische Vertreter im Bundesrat hat doch Einfluß auf die Reichsregierung, und wenn in der Bürgerchaft Mängel vorgetragen werden, so muß er auf die Reichsbehörde einwirken und verhindern, daß in unserm Bundesstaate Bremen Verhältnisse eintreten, die für die Bevölkerung gefährlich werden können. Das ist für Bremen besonders notwendig, weil wir uns selbst nicht ernähren können. Wir sind ein Stadtstaat und müssen nahezu alle Lebensmittel aus der Umgegend und aus anderen Bundesstaaten beziehen. Es ist also angebracht, daß Maßnahmen getroffen werden, daß von dem Gelde, das wir heute bewilligen, keine Ausgaben werden machen müssen, von denen die Bevölkerung nicht den richtigen Nutzen hat. Es ist unzweifelhaft, daß durch verfehlte Maßnahmen, dadurch, daß der Zwischen- und der Kettenhandel eingerissen ist, das Geld der Kommunen und des Staates in ungeheurer Weise in Anspruch genommen werden mußte, was nicht nötig gewesen wäre, wenn man zur richtigen Zeit eingegriffen hätte. Wir haben das größte Interesse daran, daß mit dem Gelde der Steuerzahler so gewirtschaftet wird, daß die Schuldenlast nicht zu groß wird. Aber jetzt haben wir Leute, die aus dem Kriege ein Geschäft machen und die Kommunen ungeheuer belasten. Der schwerste Grundfehler, wie Sie heute in der Bürgerzeitung lesen können, der in der ganzen Organisation begangen wurde, war, daß man zwei sich einander ausschließende

Systeme der Nahrungsmittelverteilung mit einander verkoppelte: die Kommunalwirtschaft und den freien Handelsverkehr. Die Kommunen hatten das Bedürfnis, die vorhandenen Lebensmittel einzukaufen für die Bevölkerung, dem freien Handel war es aber auch gestattet; so traten sie in Wettbewerb, und die Preise gingen ungeheuer in die Höhe. Wir wissen, daß Agenten der Bremer Behörden hinauszogen, um Waren einzukaufen und daß sie in Konkurrenz mit beauftragten Männern anderer Städte traten und sich gegenseitig überboten. Am 13. August 1914 haben wir verlangt, daß die ganzen Verkaufsprodukte der Landwirte den öffentlichen Institutionen (Reich, Land und Gemeinden) überwiesen werden sollten. Wir haben erklärt, daß es nur so möglich sei, die Bevölkerung zu ernähren und die Wucherpreise zu verhüten, wenn Ein- und Verkauf durch das Reich und die Kommunalbehörden stattfindet. Das hat man aber nicht getan. Wir sahen, daß jemand, der Geld hatte, Vorräte aufspeichern konnte und daß dadurch ungeheure Vorräte von Lebensmitteln verloren gegangen sind. Wir wollen anerkennen, daß hier in Bremen, vielleicht durch besondere Maßregeln, wenig verloren gegangen ist. Aber in einer ganzen Reihe von Städten ist es vorgekommen; deshalb muß man vorsorgen. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, der Staat solle schon jetzt Vorkehrungen treffen, sich mit Kartoffeln einzudecken und dadurch die Sicherheit geben, daß die einzelnen Familien mit Kartoffeln und anderen Lebensmitteln für den Winter sich einzudecken können, damit sie nicht in großen Lagern aufgespeichert zu werden brauchen, wo sie leicht verderben, sollen die Vorräte an die einzelnen Familien verkauft werden. Wir haben Klagen darüber gehört, daß die Kartoffeln stark herumgeworfen worden sind, sie sind unsortiert durcheinander gekommen. Wenn aber die einzelnen Haushaltungen selbst die Kartoffeln haben, dann sucht jede die Waren vor Verderbnis zu schützen, und die Ausnutzung ist dann eine bessere. So ist es auch mit anderen Produkten möglich. Um eine zeitweise Knappheit eintreten zu lassen, werden von Händlern die Produkte gelagert, damit sie einen höheren Preis herauschlagen können. Wenn hier doch auch die Lebensmittelkommission bei der Verteilung der Lebensmittel Maßnahmen getroffen hätte, wie man es in Dresden getan hat. Dort hat man die Verteilung der Fettwaren geregelt. Wenn Sie heute durch Bremen gehen, können Sie viele Personen vor den Butterläden stehen sehen, und ein schweißender Schutzmann steht dabei, der die Leute in Ordnung hält. In Dresden ist es so geregelt, daß die Menge Butter, welche in die Stadt kommt, festgestellt wird, und es wird dann berechnet, wieviel auf den Kopf der einzelnen Familie kommt, und diese Buttermenge wird den Betreffenden zugestellt, so daß seit Dezember vorigen Jahres die Drängerei vor den Läden verschwunden ist. Wohl manche Frau, die ein halbes Pfund Butter holte, hat zwei Pfund an Körpergewicht verloren. Es ist leghin

von wissenschaftlicher Seite im Berliner Tageblatt berechnet, welcher Verlust durch derartige Einkäufe entsteht, und selbst ein bürgerlicher Nationalökonom, Herr Brentano, hat im Berliner Tageblatt im Laufe dieses Monats einen sehr lesenswerten Artikel geschrieben, in welchem er ausführt, man dürfe nicht auf halbem Wege mit dem Sozialismus stehen bleiben, sondern man müßte Einkauf und Verkauf durch die Kommune und das Reich so regeln, daß jeder zu seinem Rechte komme. Davor fürchtet man sich, weil der Manchesterstandpunkt verlangt, daß jeder für sich zu sorgen hat. Auch in der schwersten Zeit ist dies nicht aus den Köpfen der bürgerlichen Gesellschaft herauszubringen. Wir wissen, daß Sie es nicht gern tun, aber die Bevölkerung leidet darunter, und deshalb müssen Sie solche Maßnahmen, die Ihnen sehr zuwider sein mögen, ergreifen, wenn Sie es auch nicht gern tun. Es muß geschehen, weil die Not dazu treibt. Wenn Herr Senator Dr. Stadtländer auf die Verhältnisse, wie sie jetzt liegen, hingewiesen hat und wenn er hofft, daß entscheidende Schläge fallen, so dürfen Sie versichert sein, daß es sehr viele gibt, die wie unsere Vertreter schon am 4. August 1915 im Reichstage sagten, wenn die Gegner zum Frieden geneigt sind, daß dann der Friede geschlossen werden soll nicht durch entscheidende Schläge, sondern daß die Machthaber einsehen, daß endlich dem Völkermorden ein Ende gemacht werden müsse. Wir würden uns nicht schlechter stehen, wenn es endlich dazu käme. Wir wollen aber hoffen, daß wenn wir heute Maßnahmen in Bremen zu treffen haben, diese betreffenden Maßnahmen so ausfallen, daß die Bevölkerung damit zufrieden sein kann.

Die Massenspeisung, die vorgesehen ist, ist in einer Reihe von Städten eingeführt, sie wird zur dringenden Notwendigkeit. Unser verstorbener Genosse Bebel hat schon vor langer Zeit in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ geschildert, welche Vorteile es bringen würde, wenn eine einheitliche Küche geschaffen würde, auf Qualität und Sauberkeit das entscheidende Gewicht gelegt würde. Man hat darüber gespöttelt und hat gesagt, es könnten nicht alle aus einem Topfe essen. Aber heute wären viele zufrieden, wenn sie aus einem gemeinsamen Topfe essen könnten. Ich erinnere mich lebhaft, wie einmal ein Pfarrer in seinem Dorfe zu einem alten Sozialdemokraten bei einer Auseinandersetzung sagte: „Möchtest du mit dem und dem aus einem Topfe essen?“ Da sagte der Mann: „Wenn Ihr Huhn in meiner Wassersuppe gekocht würde, würde meine Suppe nicht schlechter schmecken.“ So ist es, wenn die allgemeinen Mittel, die zur Ernährung da sind, so hergerichtet würden, daß die gesamte Bevölkerung Nutzen davon hätte, dann würde die Unzufriedenheit nicht so groß sein. Man kann nicht sagen, daß alles geschehen sei, um die Zufriedenheit hervorzurufen. Neulich hat in einer Frauenversammlung die Rednerin darauf hingewiesen, daß die Verteilung der Waren die Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Man weiß, wenn der Nachbar etwas mehr hat, als der andere, dann ist in solchen Zeiten eine berechtigte Unzufriedenheit vorhanden. Dem muß dadurch entgegen gearbeitet werden, daß das Allgemeininteresse entscheidend ist. Da müssen wir dafür sorgen, daß die Organisation, welche für die Allgemeinheit zu sorgen hat, der Staat, der die Machtmittel zur Verfügung hat, die Berechtigung hat, Steuern einzutreiben, diese Mittel benutzt, um durchgreifende Maßnahmen durchzuführen. Das ist die größte patriotische Tat, die hier geschehen kann. Vieles Reden hilft hier nicht, hier hilft nur die Tat, Patriotismus zeigt man dadurch, daß man hilft und vom Ueberfluß abgibt und mit der Gesamtheit durchhält. Es ist richtig, Deutschland ist wie eine belagerte Festung, die vom Weltverkehr abgeschlossen und auf sich selbst angewiesen ist. Die gesamte Bevölkerung muß haushalten mit ihren Waren. Wir haben aus alter Zeit ein großes Kornhaus in Bremen, dieses wurde gebaut, wenn Bremen belagert wurde, die gesamte Bevölkerung daraus zu speisen. Und so muß man die gesamten Vorräte des Reiches ansammeln und für die Verteilung durch die Reichsregierung sorgen. Eine Organisation muß sein, um unsere Versorgung durchzuführen, das Reich muß in seiner Gesamtheit bei der Regelung der Produktion und Konsumtion eingreifen können.

Ich war Pfingsten in einem sehr gesegneten Striche Deutschlands. Unsere Landwirte machen glänzende Geschäfte, ein Stier, welcher vor dem Kriege 150 Mk kostete, kostet jetzt 400 Mk. Die Militärverwaltung zahlt 100 Mk für 100 Pfund Lebendgewicht, und ein Ochse, der so ruhig auf der Weide geht, wird mit 1500 Mk bezahlt; das war früher ein sehr schönes Hochzeitsgut für die Tochter eines Bauern (Heiterkeit). Die Landwirtschaft hat durch den Zwischenhandel, ohne daß sie selbst etwas dazu beigetragen hat, solch horrenden Preise erhalten. Das ist eine Folge des Zwischenhandels. Heute kostet ein Ei 22—23 Pf — das sind Zustände, die durch den Zwischenhandel eingetreten sind und die es dem bremischen Senat dringend zur Pflicht machen, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei der neuen Ernte solche Mißstände beseitigt werden. Es muß von der Behörde die neue Ernte beschlagnahmt werden, und wenn sie das nicht tut, wenn es wieder geschieht, wie in den letzten zwei Jahren, dann kommen wir in eine noch größere Kalamität, als wir sie bis jetzt durchgemacht haben. Daß der Krieg zu Ende geht, hoffen wir alle, aber ob es im Laufe dieses Jahres sein wird, wissen wir nicht, und wir müssen uns versehen und dafür sorgen, daß die Bevölkerung ernährt wird. Herr Hagemeyer hat konstatiert, daß keine Unterernährung stattzufinden braucht. Die Bevölkerung hat sich sehr knapp durchhelfen müssen, und wie weit eine Unterernährung stattgefunden hat, das zu sagen ist Herr Hagemeyer auch nicht imstande. Es wird genug Leute geben, die minderernährt sind und die nicht die notwendigen Lebensmittel bekommen, welche

jetzt der Arbeiterschaft gegeben werden müßten, besonders wegen der vielen Ueberstunden in der Kriegsindustrie. Wir haben auch aufzupassen und hoffen, daß in Bremen alles geschieht. Unsere Kritik hat den Zweck, die Behörde anzuspornen, daß alles geschieht. Wir sind wie bisher bereit, mitzuarbeiten und hoffen auch, daß die Arbeiterfrauen, wenn die Küchen eingerichtet werden, herangezogen werden, um die Kontrolle auszuüben und daß ihr Gutachten eingeholt wird; das ist notwendig. Und ich hoffe, daß das nicht nur jetzt geschieht, sondern daß man sich überzeugen wird, daß in Zukunft nicht mehr wie bisher alles vom grünen Tische gemacht werden kann, sondern daß man die Gesamtheit heranziehen muß.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Spitta: Herr Präsident! Die Lebensmittelkommission ist durchaus dankbar für alle Vorschläge, die ihr gemacht werden und für alle Kritik an dem, was sie getan hat, oder was sie unterlassen hat. Wir stehen vor einer sehr schwierigen Aufgabe in dieser Lebensmittelfrage, so daß wir durchaus die Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung nur wünschen können. Wir haben bei allen unseren Maßnahmen stets Sachverständige, Interessenten und Vertreter aus den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung herangezogen, und zwar auch Arbeiter und Vertreter der Arbeiter. So sind wir auch heute dankbar für alles, was an sachlicher Kritik und positiven Vorschlägen von dem Vorredner uns entgegengebracht ist. Ich freue mich, daß ich im Anschluß an die Rede von Herrn Waigand Gelegenheit habe, vor Ihnen einige Fragen der Lebensmittelkommission besprechen zu können. Ich möchte zunächst den gedruckt vor Ihnen liegenden Bericht über die Fleischbestandsaufnahme in einigen Punkten ergänzen.

Es ist in dem Berichte davon gesprochen, daß allgemein die vorgefundenen Vorräte äußerst gering gewesen sind, nur bei einer Großhandelsfirma ein größeres Lager von etwa 9000 kg zum Zwecke des Verkaufs nach anderen Plätzen angesammelt ist und in einem anderen Falle 16 Fässer gepökeltes Hammelfleisch gefunden sind. Ich möchte mitteilen, daß diese Punkte ihre Erledigung soweit gefunden haben, als Vorsorge getroffen ist, daß diese Fleischmengen nur in Bremen zum Verkauf gelangen und auch bezüglich des Preises im Einverständnis mit der Lebensmittelkommission. Auch in dieser Beziehung sind also die notwendigen Maßnahmen getroffen worden. Der Vorredner hat nun, als er von der Versorgung unserer Bevölkerung mit Fleisch sprach, geklagt, daß die Verteilung in ungerechter und ungleichmäßiger Weise erfolgt sei. Dem gegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß wir dadurch, daß wir an etwa 110 000 Menschen Fleischkarten gegeben haben, dieser ganzen Bevölkerungsgruppe eine Garantie geschaffen haben, 300 g Fleisch pro Woche zu erhalten, während die übrige bemittelte Bevölkerung eine solche Garantie nicht hatte und viele

Personen der bemittelten Bevölkerung nicht in der Lage waren, die Fleischmengen zu erhalten, die der minderbemittelten Bevölkerung auf Grund der Fleischkarten zugekommen sind. Ich möchte ferner, weil in den Zeitungen und sonst darauf hingewiesen ist, daß freilich diese Fleischkarten ausgegeben sind, daß die betreffenden Berechtigten aber das Quantum nicht hätten bekommen können, einmal weil die Vorräte nicht genügend vorhanden gewesen wären und andererseits weil sie nicht genügend Geld gehabt hätten, auf folgendes hinweisen:

Die Statistik zeigt, daß die Zahl der ausgegebenen Fleischkarten von Monat zu Monat ganz bedeutend gestiegen ist. Wir haben im Juli 1915 mit der Ausgabe der Fleischkarten begonnen, es wurden damals 28 691 Fleischkarten ausgegeben. Im August stieg die Zahl auf 30 000, im September auf 55 000, — ich nenne runde Zahlen — im Oktober auf 83 000, November 113 000 und war dann im nächsten Monat zwischen 113—115 000, auch einmal 111 000; ging im März dieses Jahres auf 103 000 herunter, stieg im April auf 108 900 und ist nach der Neuregelung auf 134 000 gestiegen. Nun möchte ich fragen, Herr Präsident, ist es denkbar, daß Menschen, die auf Grund der Fleischkarten kein Fleisch erhalten, jedesmal wieder sich bemühen, die Fleischkarten zu bekommen, und daß die Zahl dieser Menschen ständig zunimmt? Das ist ein Widerspruch! Die Leute, die Fleischkarten erhalten, müssen Fleisch bekommen haben, von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, sonst könnten sie sich nicht wieder und wieder darum bemühen. Wir haben auch anderes Material, das beweist, daß das Fleisch auf Fleischkarten ausgegeben ist an die dazu Berechtigten. In der Zeit, in der wir diese Fleischkarten ausgegeben haben, sind an gefrorenen Schweinen, Rindfleisch und Wurstkonserven, Fett und Pökelfleisch 1 511 663 Pfund an die Schlächter gegeben; eingeliefert an Fleischkarten sind von den Schlachtern 1 456 820 Pfund, es bleibt eine Differenz von 54 000 Pfund, das sind $3\frac{1}{2}\%$, die sich daraus erklärt, daß bei den Gefrierschweinen der Verkauf der Pfoten und Köpfe nicht gegen Fleischkarten erfolgte. Es ergibt sich also, daß tatsächlich die auf Grund der Fleischkarten berechtigten Personen auch das Fleisch auf die Fleischkarten erhalten haben. Aus der Statistik, die ich vorgetragen habe, ergibt sich ferner, daß die Neuregelung, die wir letzten Monat getroffen haben, wonach nicht mehr bestimmtes Fleisch auf die Fleischkarten gegeben wird, sondern die Fleischmarken nur zu einem Rabatt von 40 Pfennig pro Pfund berechtigen, daß diese Neuregelung durchaus den Beifall der Bevölkerung gefunden hat; denn gerade, nachdem wir diese Maßnahmen eingeführt hatten, ist die Zahl der ausgegebenen Fleischkarten von 108 000 auf 134 000 gestiegen. In derselben Weise ist auch eine ständige Steigerung der Bezugskarten für die verbilligten Lebensmittel eingetreten; auch daraus ergibt sich, daß die betreffenden Kreise der Bevölkerung diese verbilligten Lebensmittel auf die Marken erhalten haben. Im

Dezember waren es 70 000 und im Laufe der Zeit sind sie gestiegen auf 80 972. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß auch die Maßnahmen, die wir jetzt neuerdings getroffen haben durch die Einrichtung dieser Fleischrabattmarken, es durchaus ermöglichen, den betreffenden Bevölkerungsschichten die genügenden Fleischmengen zuzuführen. Es ergibt sich das aus den Feststellungen, die wir bei dem Fleischverkauf durch die Schlachter getroffen haben. Danach ist in einer Woche eine Gesamtmenge von 84 023 Pfund an Fleischkartenbesitzer abgegeben, während für die Woche durchschnittlich 83 990 Pfund Fleischkarten ausgegeben worden waren. Es ergibt sich somit ein genaues Verhältnis zwischen diesen beiden Zahlen. Das zeigt, daß unser neues System durchaus den Anforderungen genügt. Die Maßnahmen, die wir neuerdings bei der Fleischversorgung der Minderbemittelten getroffen haben, belasten den Staat — auch das wird Sie interessieren — monatlich mit 140 000 M. Eine gleiche Summe geben wir monatlich aus für die Abgabe der verbilligten Lebensmittel, und neuerdings noch eine Summe von 25 000 M. auf Kosten des Staates bei der Ausgabe der verbilligten Eier. Wenn der Herr Vorredner von teuren Eierpreisen gesprochen hat, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir für den ärmeren Kreis der Bevölkerung jetzt auch die Preise der Eier auf Kosten des Staates verbilligt haben.

Herr Präsident! Es ist gewiß außerordentlich schwierig gewesen, in all diesen Monaten die Fleischversorgung hier in Bremen durchzuführen. Es ist aber im ganzen in Bremen einigermaßen noch gegangen und verhältnismäßig, im Verhältnis zu anderen Städten, gut gegangen. Das liegt daran, daß wir schon sehr frühzeitig Vor Sorge getroffen haben. Wir hatten schon im Herbst 1915 das Weidevieh, das im Herbst aufgestellt werden sollte und das damals als Schlachtreis angeboten war, in erheblichem Maße gekauft und das Fleisch einfrieren lassen. Wir haben ferner die Fleischversorgung dadurch ermöglicht, daß wir schon von Kriegsausbruch an erhebliche Mengen Gefrierfleisch und andere Dauerwaren gekauft haben. Insbesondere ist uns gerade das, was der Herr Vorredner als eine zweifelhafte Maßnahme hinstellt, nützlich gewesen, nämlich die von uns abgeschlossenen Mastverträge. Der Herr Vorredner hat gemeint, wir hätten diese Schweine in eigener Regie fettmachen sollen, und zwar führte er als Grund an — das war wenigstens der einzige, den ich aus seinen Ausführungen entnehmen kann — daß infolge des Unterlassens des Mastens in Staatsregie erhebliche Mengen von Abfällen umgekommen seien. Ich möchte dem gegenüber darauf hinweisen, daß schon seit langer Zeit die Abfälle sorgfältig gesammelt und gerade den vorhandenen Schweinemästereien, Viehmästereien zugeführt sind, so daß erhebliche Mengen Abfälle jedenfalls nicht umgekommen sind. Davon abgesehen, glauben wir, daß gerade die Schweinemastverträge, die wir abgeschlossen haben, das

beste Mittel sind, um die Fleischversorgung uns einigermaßen zu sichern. Dadurch, daß wir sachverständigen Mästern das nötige Futter liefern, um die Schweine fett zu machen, und dadurch, daß der Preis, den wir dafür bezahlen, genau im Verhältnis zu den Futtermittelpreisen stehen, den die Mäster an uns zu zahlen haben, wird eine unbillige Preisfestsetzung verhindert. Wir haben die Sachkunde, die Erfahrungen der Mäster für uns und werden auf diese Weise von den Kinderkrankheiten, die immer bei großen staatlichen Schweinemästereien zu überwinden sind, verschont. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß diese Regelung durchaus richtig ist.

Was das Gefrierfleisch betrifft, so möchte ich ausdrücklich bemerken, daß die Gefrieranlagen stets durch Sachverständige kontrolliert werden. Das Fleisch ist immer in tadellosem Zustande gewesen, und wir haben damit die allerbesten Erfahrungen gemacht.

Bei der Ausgabe von Fleischmarken haben wir bis Mai einen Verlust von etwa 80 000 M. erlitten, abgesehen von den Zinsen. Auch das sind also nicht unerhebliche Aufwendungen seitens des Staates gemacht worden.

Wir haben uns bis in die allerletzte Zeit immer sehr energisch bemüht, Fleisch und namentlich Schlachtwieh hier auf den Markt zu bringen, teils dadurch, daß wir aus dem Auslande Vieh eingeführt haben, zunächst selbständig, später durch Vermittlung der Zentraleinkaufsgesellschaft. Alles das ist jetzt schwieriger geworden, und wir sind jetzt angewiesen auf den Viehhandelsverband. Immerhin ist die Lage in Bremen, wie ich schon gesagt habe, verhältnismäßig gut gewesen.

Die Regelung des Fleischverbrauchs, wie sie im Reich und in Bremen getroffen worden ist, bedingt aber eins: das ist, daß das Fleisch, das von der Zentralestelle uns zugewiesen und von dem Viehhandelsverband geliefert wird, auch in Bremen bleibt. Es ist das die natürliche Folge davon, daß das Vieh uns nach der Zahl unserer Bevölkerung zugewiesen wird. Wenn dieses Vieh geschlachtet wird, muß das Fleisch, weil es uns nach der Kopfszahl der Bevölkerung zugewiesen ist, auch im bremischen Staatsgebiet bleiben. Ich möchte daher bei dieser Gelegenheit aufs neue darauf hinweisen, wie verkehrt und kurzfristig es ist, daß trotzdem Fleisch von hier nach außerhalb Bremens geschickt wird. Es gibt Leute, die so unüberlegt handeln, daß sie Fleisch an Verwandte nach außerhalb schicken. Das muß unter allen Umständen aufhören, es wird dadurch die Fleischversorgung Bremens empfindlich geschädigt.

Herr Präsident! Der Herr Vorredner scheint auch bei seinen Klagen über die Fleischverteilung die Ansicht geäußert zu haben, daß eine allgemeine Einführung der Fleischmarken oder eine ähnliche Maßnahme notwendig wäre, um eine gerechte Verteilung des Fleisches herbeizuführen. Diese Frage der Fleischkarteneinführung für die gesamte Bevölkerung, wie wir sie schon lange Zeit für 110 000 Menschen haben, ist in der Kriegs-

deputation und der Lebensmittelkommission wiederholt erwogen worden. Die Schwierigkeiten sind aber bisher zu groß gewesen. Bei der unregelmäßigen Viehzufuhr vom Viehhandelsverband, weil wir nicht wußten, ob die uns zugesagten Mengen Vieh auch geliefert werden würden, konnten wir nicht übersehen, wieviel Vieh wir in der allernächsten Zeit haben würden und damit, wieviel frisches Fleisch uns für den Kopf der Bevölkerung geliefert werden würde. Die Verhältnisse waren infolgedessen noch so unsicher, daß eine richtige Regelung durch Fleischkarten für die gesamte Bevölkerung nicht eintreten konnte.

Aber selbst wenn diese Schwierigkeit überwunden wird, bleibt doch die allgemeine Fleischkarte ein sehr zweifelhaftes Instrument. Wir sind zum Teil doch noch ziemlich skeptisch, ob die allgemeine Einführung von Fleischkarten überhaupt sich empfiehlt. Verschiedene Momente sind vorhanden, die dagegen sprechen. Das Vieh wird bekanntlich zur Zeit nach gesetzlicher Vorschrift nur nach Lebendgewicht gehandelt. Nun sind die Unterschiede zwischen Lebendgewicht und Schlachtgewicht bei dem wechselnden Ernährungszustande des Schlachtviehes so wechselnd, daß ein sicheres Verhältnis zwischen den beiden fehlt. Dadurch ist eine völlige Unsicherheit in das ganze System hineingekommen. Auch wenn wir aber, obgleich nach Lebendgewicht gehandelt wird, auch das Schlachtgewicht feststellen lassen würden, was viel Arbeit und viel Kosten verursachen würde, wäre eine sichere Feststellung der Fleischmengen, die den Schlachtern zur Verfügung stehen, außerordentlich schwer. Ferner weise ich darauf hin, daß die Fleischkarten selbstverständlich nur nach Gewicht ausgestellt werden können, daß aber Fleisch und Fleisch keineswegs dasselbe ist: Fleisch ohne Knochen, Fleisch mit wenig Knochen, Fleisch mit viel Knochen — das sind ganz außerordentliche Unterschiede. Hinzukommt, daß der Nährwert der einzelnen Stücke Fleisch und der Fleischsorten gänzlich verschieden ist. Es sind also eine ganze Reihe Schwierigkeiten bei der Einführung der Fleischkarten, die auch in anderen Städten nicht überwunden sind. In einzelnen Städten, wo sie eingeführt sind, sind es bis jetzt nur tappende Versuche zu einer gewissen Regelung der Fleischverteilung.

Die Art und Weise, wie die Verteilung in Bremen geschieht, wo eine staatliche Fleischzuteilungskommission auf dem Schlachthofe arbeitet, hat sich als durchaus vorteilhaft und erfolgreich erwiesen. Wir haben auch im Kreise der Lebensmittelkommission schon erwogen, ohne daß das Plenum der Lebensmittelkommission oder die Kriegsdeputation schon Stellung genommen hätte, ob nicht vielleicht, wenn die Viehhandelsverbände soweit sind, die zugesagten Fleischmengen regelmäßig zu liefern, die Einführung von Kundenlisten bei den Schlachtern erfolgen könnte, Kundenlisten, in die sich die einzelnen privaten Haushaltungen einzutragen hätten. Dann würde es möglich sein, festzustellen, wieviel Fleisch jedem

Schlachter für seinen festen Kundenkreis zugewiesen werden muß, und man würde es durchaus in der Hand haben, festzusetzen, daß über bestimmte Höchstmengen an einzelne Haushaltungen oder auf die Kopfszahl Fleisch nicht ausgegeben werden soll.

Herr Präsident! Herr Baigand hat im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sich auch mit der Frage der Butterbeschaffung beschäftigt und sich namentlich darüber beklagt, daß die sogenannten Butterpolonaisen, Anhäufungen von Menschen vor den Butterläden, immer noch stattfänden. Ich möchte dem gegenüber darauf hinweisen, daß diese Ansammlungen vor den Butterläden im wesentlichen nur in den Zeiten eingetreten sind, in denen Störungen in der Zufuhr eingetreten waren. Das war ziemlich zu Anfang der Einführung der Butterkarten und ist jetzt neuerdings wieder eingetreten in der Uebergangszeit, die ich noch gleich begründen werde. Im ganzen war unsere Fettversorgung in Bremen verhältnismäßig gut. Wir waren bei Einführung unserer Butterkarten darauf bedacht, daß diese Karten, wenn sie auch juristisch Sperrkarten sind, also nur verhindern sollen, daß mehr, als darauf vermerkt ist, entnommen wird, doch im großen und ganzen die Bevölkerung in die Lage versetzen sollten, auch die auf der Butterkarte vermerkte Menge tatsächlich zu erhalten. Wir wollten das erreichen durch eine genaue Kontrolle der Butterzufuhr, und darnach wurde die Menge festgesetzt. Im Anfang war die Menge auf den Butterkarten zu hoch festgesetzt. Nach vorübergehender Besserung hatte die Buttereinfuhr plötzlich stark nachgelassen, ebenso die Margarineeinfuhr. Dadurch entstand eine Stockung. Dann waren die vorhandenen Buttermengen wieder etwas reichlicher, und wir konnten 125 g Butter und Margarine auf die Karte geben. Neuerdings ist aber wieder eine Stockung eingetreten, sie ist eine Folge der neuen Maßnahme des Kriegsernährungsamts. Das Kriegsernährungsamt hat eine Verordnung erlassen, durch die vorgeschrieben wurde, daß die größeren Molkereien nicht wie bisher 15 % ihrer Butter für die Zentrale in Berlin zur Verfügung stellen sollen, sondern 50 %, und daß auch die kleinen Molkereien 50 % abgeben sollen. Der Zweck der Verordnung war, diejenigen Gegenden Deutschlands, in denen der Butter- und Fettmangel erheblich größer als in Bremen ist, mit genügend Butter zu versorgen. Infolgedessen entstand bei uns eine gewisse Stockung. Die Molkereien im Hannoverschen und Oldenburgischen konnten nach Bremen nicht mehr genügend liefern, weil sie zuviel der Zentrale in Berlin zur Verfügung stellen mußten. Wir haben daher die Buttermenge, die Fettmenge von 125 auf 100 g herabsetzen müssen. Wir hoffen aber, daß in der allernächsten Zeit die Zufuhren sich so bessern werden, daß wir in der Lage sind, auf diese verminderten Butterkarten von 100 g auch tatsächlich die Buttermengen liefern zu können, die darauf vermerkt sind.

Ich möchte ferner bemerken, daß die neue Reichsverordnung eine wesentliche Verbesserung bringt, gerade im Sinne der Ausführungen des Herrn Waigand eine Verbesserung, die auf eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensmittel hinausläuft. Es wird nämlich durch die neue Verordnung der Butterbezug Privater durch die Post, durch Postpakete, unter Kontrolle gestellt, und ferner ist in Bremen in Aussicht genommen eine Anmeldepflicht für alle sonstigen Bezüge von Butter. Dadurch wird es ermöglicht, daß tatsächlich die gesamte Bevölkerung in dieser Butterversorgung gleichmäßig behandelt wird, und eine übermäßige Versorgung auf dem Wege der Postpakete usw. ist nicht mehr möglich.

Herr Präsident! Ich darf mit einem Worte bei der Lebensmittelversorgungsfrage auch auf das Schmerzenskind unserer Lebensmittelversorgung hinweisen: auf die Kartoffelversorgung. Diese hat uns seit Monaten die größten Schwierigkeiten gemacht und seit Monaten denjenigen Herren, die sich besonders damit befaßt haben, viel Mühe und Aufregung verursacht. Es ist der Bürgerschaft bekannt, daß wir in der vorigen Woche die Kartoffelmenge für die bemittelte Bevölkerung von 7 Pfund auf 5 Pfund für den Kopf und die Woche herabgesetzt haben. Dieses war notwendig, weil die Kartoffelmengen, die wir aus den Provinzen, die uns liefern sollten, erhielten, nicht mehr in genügendem Maße herankamen, und es wird in nächster Zeit damit zu rechnen sein, daß diese Kartoffelknappheit zunimmt, bis die großen Zufuhren an Frühkartoffeln kommen. Ich möchte bemerken, daß andere Großstädte schon seit längerer Zeit allgemein eine viel kleinere Kartoffel-Rate haben, als 7 Pfund. Eine ganze Reihe von Städten hat nur 4—5 Pfund Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung bekommen. Wir haben nur für die bemittelte Bevölkerung vorläufig das Quantum auf 5 Pfund festgesetzt und für die Minderbemittelten auf 7 Pfund pro Kopf und Woche belassen. Ob es aber in der nächsten Uebergangszeit noch möglich sein wird, die Kartoffelmengen zu erhalten, die notwendig sind, um den Satz von 7 Pfund pro Kopf und Woche für die Minderbemittelten aufrecht zu erhalten, ist fraglich. Wir haben uns daher damit beschäftigt, in welcher Weise für den Fall, daß eine weitere Kartoffelknappheit eintreten würde, Ersatzmittel der Bevölkerung gegeben werden könnten, und haben uns bestimmte Vorschläge überlegt; wir glauben, daß es möglich sein wird, im Notfalle Mehl und andere Ersatzmittel in genügender Weise für die Bevölkerung zu geben, wenn die Kartoffelration weiter herabgesetzt werden muß. Bei dieser Sachlage möchte ich an die bemittelte Bevölkerung den Appell richten, den Kartoffelkonsum und den Einkauf von Kartoffeln alter Ernte möglichst zu beschränken. Die Bemittelten sind mehr als die anderen Menschen in der Lage, sich durch Ersatzmittel einen gewissen Ersatz zu schaffen, und ich möchte dringend bitten, daß davon Gebrauch gemacht wird, so daß die Kartoffelmengen alter Ernte, die nach

Bremen geschafft werden, für das Gros der Bevölkerung reserviert bleiben.

Herr Waigand hat sich in seiner Rede auch auf das Gebiet der Reichspolitik begeben und von angeblichen Fehlern der Reichsregierung und des Bundesrats gesprochen. Ich glaube, es hat keinen Zweck, über die Vergangenheit zu sprechen. Ob Fehler gemacht sind oder nicht, mag die Geschichte später entscheiden. Besonders für uns in der Bürgerschaft hat es keinen Zweck, uns darüber zu unterhalten. Ich möchte nur bemerken, daß für die Zukunft vorgesehen ist, daß die gesamte Ernte an Brotgetreide, Hafer, Gerste, Futtermitteln, Del- und Hülsenfrüchten beschlagnahmt wird. In dieser Beziehung wird genau so verfahren wie im letzten Jahre, die Beschlagnahme wird sogar, wie ich weiß, noch weiter ausgebaut werden.

Die Vorwürfe, die Herr Waigand gegen den Handel gerichtet hat, möchte ich, soweit sie verallgemeinert sind, entschieden zurückweisen. Es sind beim Handel, das wissen wir alle, Mißgriffe und Fehler begangen und hier und da ist Wucher getrieben; aber wir haben kein Recht, das zu verallgemeinern, ein Grund dafür liegt nicht vor. Wir haben uns des Handels wiederholt bedient und können auch die Mitwirkung des Handels bei der Verteilung der Futtermittel, des Zuckers usw. nicht entbehren.

Ebenso wie Herr Waigand gegen den Handel Vorwürfe gemacht hat, hat er auch von den Landwirten gesprochen als denjenigen, die ein glänzendes Geschäft gemacht hätten. Ich möchte ein sehr kräftiges Fragezeichen dahintersetzen und möchte, wenn Herr Waigand von den großen Verdiensten gesprochen hat, die beim Viehverkauf gemacht sind, darauf hinweisen, daß die Futtermittel in solcher Weise verteuert sind, daß es vielen Landeuten unmöglich gewesen ist, das Vieh durchzuhalten, und bei der Schweinezucht mußten viele Landwirte schwere Verluste erleiden.

Was nun die nächste Zukunft in Bremen anbelangt, in welcher Weise wir weitere Erleichterungen unserer Bevölkerung schaffen wollen, so hat der Vorredner auch schon eine Frage berührt, die vielfach in der Presse und in Versammlungen erörtert ist, das ist die Frage der Massenspeisung. Auch im Kriegsernährungsamt in Berlin haben Besprechungen darüber stattgefunden, und alle Großstädte beschäftigen sich damit. Ich möchte aber hervorheben, daß, so bestickend das Wort „Massenspeisung“ auf den ersten Blick erscheint, man doch nicht zu große Hoffnungen darauf setzen soll, und daß jedenfalls erhebliche Bedenken gegen eine Verallgemeinerung dieser Einrichtung besteht. Einmal möchte ich darauf hinweisen, daß gegen die Massenspeisung, wenn sie in sehr großem Umfange eingeführt wird, auch ethische Gründe sprechen; zweifellos ist es am erwünschtesten, solange wie möglich die normalen häuslichen Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Außerdem sind bei dem Bestehen der Massenspeisung nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu überwinden in der Richtung, wie sich das System

der Massenspeisung eingliedern soll in das Markensystem, also in das System der Fett- und Fleischarten usw. Sollen diese Karten für die Teilnehmer der Massenspeisung ganz wegfallen oder teilweise, und wie? Hier stoßen die Versuche auch in den anderen Städten auf Schwierigkeiten. Und endlich ist der großen Massenspeisung von vornherein eine gewisse Begrenzung in der Kriegszeit dadurch gesetzt, daß wir sie nicht weiter ausbauen können, als wir geeignete Kochvorrichtungen beschaffen können, und das ist durchaus keine Kleinigkeit. Eine Massenspeisung in riesigen Mengen scheitert daran, daß Kessel und sonstige Einrichtungen dazu in der gegenwärtigen Zeit bei der Metallknappheit nicht beschafft werden können. Zugeben muß ich allerdings, daß für die Massenspeisung spricht, und das ist ein sehr gewichtiger Grund, daß es für die Frauen, die während des Tages ihrer Arbeit nachgehen, eine große Erleichterung ist, wenn sie abends sich nicht noch Lebensmittel, vielleicht mit erheblichem Zeitaufwande einkaufen und zubereiten müssen, sondern sich einfach ihren Topf mit Lebensmitteln, mit Essen holen und dann verzehren können; für diese den ganzen Tag schwer arbeitenden Frauen ist die Massenspeisung ein Bedürfnis. Ferner ist anzuerkennen, daß bei der Knappheit der Lebensmittel auf diesem Wege vielleicht eine größere Wirtschaftlichkeit, eine Besserung, Ausnutzung der vorhandenen Mengen zu erreichen ist. In den Kreisen der Lebensmittelkommission ist diese Frage schon erwogen worden. Das Plenum hat sich noch nicht damit beschäftigt. Aber wir haben doch geglaubt, eine Prüfung dieser Frage vornehmen zu müssen und glauben in kurzer Zeit an die Lebensmittelkommission und die Kriegskommission mit bestimmten Vorschlägen kommen zu können. Für den nächsten Winter haben wir ferner in Aussicht genommen, die Beschaffung der Wintervorräte für unsere Bevölkerung, von der auch der Vordner, wenn ich ihn recht verstanden habe, gesprochen hat, zu fördern. Es ist zweifellos nicht nur ein Interesse der einzelnen Familien, sondern ein allgemeines Interesse, daß trotz der starken staatlichen und kommunalen Organisation der Lebensmittelverteilung es doch den Privaten, auch den Minderbemittelten möglich ist, gewisse Vorräte, besonders Kartoffeln in gewohnter Weise für den Winter einzukaufen. Es bestehen in dieser Kriegszeit aber besondere Schwierigkeiten, namentlich weil den Minderbemittelten wohl eine größere Geldsumme nicht zur Verfügung steht, um den Wintervorrat zu kaufen. Wir haben daher ins Auge gefaßt, und eine Sonderkommission beschäftigt sich mit der Frage, durch Einführung von Sparkarten, die jetzt ausgegeben werden gegen kleine Einzahlungen, allmählich eine größere Summe bei der minderbemittelten Bevölkerung ansammeln zu lassen, damit sie im Herbst in der Lage sind, Kartoffeln, vielleicht auch Kohlenvorräte einzukaufen. Das Nähere muß noch geprüft werden. Wir halten diese Frage der Beschaffung der Wintervorräte für außerordentlich wichtig, besonders

auch, weil dadurch der ganzen Bevölkerung ein gewisses Gefühl der Ruhe und Sicherheit gegeben wird; die Leute brauchen nicht ständig ihre Kartoffeln in den Läden zu kaufen und nicht von der Hand in den Mund zu leben, sondern haben wie sonst ihre Kartoffelvorräte im Hause. Wir haben ferner erwogen, ob wir nicht die Schweinemast in den Arbeiterhaushaltungen fördern können. Es ist im Frieden weit verbreitet, daß die Arbeiter ihre Ferkel für den eigenen Bedarf fett machen. Vor einiger Zeit hat sich die Lebensmittelkommission bemüht, durch Zusage von Zuchtprämien für trüchtige Sauen möglichst viel Ferkel an den Markt zu bringen und die Schweinezucht zu fördern. Etwa 2000—2500 Ferkel sind zusammengebracht worden. Wir möchten, daß möglichst viele Haushaltungen sich solche Ferkel kaufen und fett machen. Das wird versucht werden dadurch, daß wir den betreffenden Haushaltungen Kraftfuttermittel für diese Ferkel liefern. Voraussetzung ist natürlich, daß die Leute tatsächlich die Sicherheit haben, diese Ferkel bleiben mir für meinen Haushalt und werden nicht für die Allgemeinheit genommen. Wir haben uns daher mit dem Kriegsernährungsamte in Verbindung gesetzt und die Erklärung bekommen, daß solche Tiere für den eigenen Bedarf den Haushaltungen verbleiben sollten und daß eine Beschlagnahme nicht beabsichtigt sei. Wir werden in aller nächster Zeit mit weiteren Vorschlägen kommen und denken eine Ferkelvermittlungstelle einzurichten, um in dieser Weise die Sache zu fördern. Wir haben uns mit den Instanzen in Verbindung gesetzt, (Glocke), die über die sanitäre Seite bei der Einrichtung von Schweineställen zu wachen haben. Das ist das Baupolizeamt und der Gesundheitsrat. Wir haben von diesen Instanzen die Zusage erhalten, daß sie entgegenkommen werden, um die Schweinemast auch da zu fördern, wo in normalen Zeiten, in Friedenszeiten, die Einrichtungen nicht als so einwandfrei angesehen werden würden, wie man es verlangen muß.

Die Hauptschwierigkeit in allen unseren Ernährungsfragen rührt von der Knappheit an Futtermitteln her, von der schlechten Futtermittelernte des letzten Jahres und der geringen Einfuhr an Futtermitteln. Es liegt auf der Hand, daß die Fleisch- und die Fettknappheit mit dem Futtermittelmangel zusammenhängt, ebenso die Milch- und Butterknappheit. Aber auch die Kartoffelknappheit, die Zuckerknappheit und die Seifenknappheit sind alle zurückzuführen auf den Mangel an Futtermitteln. Denn weil die Futtermittel knapp sind, sind sehr viel Kartoffeln verfüttert und der menschlichen Ernährung entzogen. Daher die Schwierigkeiten in der Kartoffelbeschaffung. Weil die Futtermittel knapp sind, ist ein Teil des Zuckers verfüttert, und bei dem allgemeinen Fettmangel ist der Verbrauch an Zucker als Ersatz für Fett in der Bevölkerung ganz enorm gestiegen. Also auch die Zuckerknappheit ist eine Folge der Futtermittelknappheit. Und bei der Seife ist es ebenso, weil Fett für ihre Herstellung

fehlt. Diese Tatsachen sind besonders wichtig, denn wir wissen, wo der Hebel anzusetzen ist. Mit der einsetzenden größeren Zufuhr von Futtermitteln wird ein besserer Zustand unserer Ernährung geschaffen werden. Seit einer Reihe von Monaten kommen immer steigende Zufuhren von Futtermitteln aus dem Auslande, besonders aus Rumänien. Ferner sind unsere eigenen Aussichten für die Futterernte im ganzen gut. Gras ist sehr reichlich gewachsen, und wenn der Himmel in den nächsten Wochen ein Einsehen hat, haben wir eine ganz vorzügliche Heuernte zu erwarten. Ebenso hofft man auf eine erheblich bessere Hafer- und Gerstenernte als im vorigen Jahre. Wenn das aber eintritt, dann werden wir in Bremen über die Schwierigkeiten der nächsten Wochen bald hinwegkommen, bessere Verhältnisse werden kommen schon in diesem Jahre. Vor allem aber werden wir auch die Sicherheit haben, daß wir, solange der Krieg auch dauern mag, wenn er auch bis in den nächsten Winter und noch länger dauert, in solche Schwierigkeiten nicht wieder hineinkommen, wie wir sie in den letzten Monaten gehabt haben. Wir dürfen nach meiner festen Ueberzeugung die Zuversicht haben, daß wir von nun an leichter durchhalten können.

Und, Herr Präsident, auf eines möchte ich zum Schluß noch hinweisen. Bei allem Schweren, das unser Volk durchmacht, bei den vielfachen Sorgen und Schwierigkeiten, die wir bei diesen Ernährungsfragen haben, wollen wir uns nicht niederdrücken lassen, sondern immer wieder aufrichten an dem Großen, das wir in diesen Tagen erleben, an den Heldentaten unseres Heeres und unserer Marine, aber auch an dem Geist der Gemeinschaft und dem sozialen Sinn, den unser Volk in dieser Kriegszeit gezeigt hat, wie nie zuvor. (Lebhafter Beifall). Was bezwecken denn alle die Kriegsverordnungen? Was ist der Zweck der Arbeiten der Reichsbehörden, des Bundesrats, der Einzelstaaten und der kommunalen Behörden? Worauf richtet sich ihre ganze Arbeit? Doch nur auf das eine Ziel: die Verteilung der Lebensmittel derart zu organisieren, daß das Uebergewicht der Bemittelten fortfällt und auch die Minderbemittelten in ausreichender Weise versorgt werden! (Sehr richtig! und Beifall). Dieses Bestreben der Behörden wird getragen von der Zustimmung des gesamten Volkes, und ich möchte für die Lebensmittellkommission die Erklärung abgeben, daß auch sie in diesem Sinne nach besten Kräften weiterarbeiten will. (Lebhafter Beifall.)

Herr Henke: Herr Präsident! Meine Herren! Der Herr Vorredner hat gemeint, es läme nicht so sehr darauf an, auf Fragen der Vergangenheit zurückzugreifen, als darauf, an die Gegenwart und Zukunft zu denken. Das ist richtig. Aber ich muß doch auch auf die Vergangenheit zurückgreifen. Ich bin der Ueberzeugung, — und meine Freunde mit mir — daß während des Krieges sehr vieles viel leichter zu erlebigen

gewesen wäre auf dem Gebiete, auf dem wir uns jetzt bewegen, wenn man im Frieden mehr auf unsere Vorschläge gehört hätte. Es ist eine Grundlehre, die aus dem Kriege gezogen werden muß, daß auf dem Gebiete des kommunalen Sozialismus viel mehr getan werden muß als in der Vergangenheit. Wenn die Vorschläge, die wir früher gemacht haben, mehr berücksichtigt worden wären, bin ich der Ueberzeugung, daß heute die Fragen der Massenspeisung, der Lebensmittel- und Butterbeschaffung viel leichter erledigt werden könnten. Wenn der Herr Senatskommissar heute noch meint, man müsse bei der Frage der Massenspeisungen an ethische Gründe denken, die dagegen sprächen, so ist das ein deutliches Zeichen dafür, mit welcher Voreingenommenheit selbst heute noch die Herren der Frage gegenüberstehen. Von der Masse der Bevölkerung aber gilt das Dichterwort:

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen.

Heute können ethische Gründe nicht geltend gemacht werden, heute muß man an die Frage der Ernährung der Massen vom Standpunkt der Wirklichkeit und Nützlichkeit herangehen. Jetzt muß man auf diesem Gebiet erst Erfahrungen sammeln, weil man es im Frieden nicht für nötig gehalten hat, sich mit den Fragen zu beschäftigen, weil man früher die Forderungen der Sozialdemokratie mit wohlfeilen Gründen abgelehnt hat. Ich erinnere die Bürgerschaft an die früheren Verhandlungen in der Bürgerschaft über die Fleischnot, die wir mehrfach gehabt haben, wie die Fleischnot zu beheben sei. Sie müssen mir ehrlich zugeben, daß es schwere Kämpfe gekostet hat, bis man unseren Forderungen auf eine bessere Versorgung der Fleischkonsumenten einigermaßen nachgekommen ist. Ich wiederhole, wenn man im Frieden unseren Vorschlägen mehr entgegengekommen wäre, würde man auch in Bremen mehr Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt haben, und dann hätten diese Erfahrungen uns unsere Arbeiten während des Krieges erleichtert.

Ich möchte noch einmal auf die Massenspeisungen eingehen. In Berlin und Köln hat man die Erhebungen darüber abgeschlossen, und es nehmen dort an den Speisungen die minderbemittelten Personen in großem Umfang teil. Ich bin ja davon überzeugt, daß die Herren von der Lebensmittellkommission den besten Willen haben, die Lebensmittelversorgung nach Kräften zu regeln, wenn sie sich aber so leiten lassen von ethischen Gefühlen wie der Herr Vorredner, so werden sie sich dabei selbst von vornherein ein großes Hindernis bereiten. Der Herr Vorredner sagte, die Familien würden darunter leiden, wenn Massenspeisungen eingerichtet würden. Die Kriegerfamilien leiden unter etwas ganz anderem, sie leiden darunter, daß der Mann im Felde steht, daß die Frau Granaten dreht und daß die Kinder sich selbst überlassen sind. Daran wird aber leider nicht gedacht.

Ich habe also meine großen Bedenken bezüglich der vom Herrn Vorredner angeführten ethischen Gründe. Nach meiner Ansicht lassen sich die Massenspeisungen am besten nur durch Zwang durchführen, indem sämtliche Kreise der Bevölkerung gezwungen werden, an den Massenspeisungen teilzunehmen. (Zurufe.) Dann würden wenigstens die wohlhabenden Kreise den Massenspeisungen mit ganz anderen Gefühlen gegenüberstehen, und vor allem würden sie der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung durch Massenspeisungen mit einem ganz anderen Interesse und Verständnis entgegenkommen.

Der Herr Vorredner hat uns auch erzählt, daß es nicht angängig, nicht zweckmäßig sei, daß irgend welche Fleischmengen aus Bremen nach außerhalb gefandt werden. Wenn man aber in Vergleich stellen wollte, was dem gegenüber von Preußen und Oldenburg und anderen Gegenden nach Bremen eingeführt wird, so bin ich überzeugt, daß dies zu unsern Gunsten ausfallen würde. Aber, meine Herren, wer hat denn namentlich von den Mengen, die eingeführt werden, den größten Anteil? Zweifellos diejenigen Teile unserer Bevölkerung, die einen gefüllten Geldbeutel haben und sich sehr viele Lebensmittel, vor allem auch Fleisch senden lassen können.

Die Mahnung des Herrn Vorredners an die Wohlhabenden, im Verbrauch von Kartoffeln die größte Mäßigkeit eintreten zu lassen, wird wohl von den wohlhabenden Kreisen mit einer gewissen Heiterkeit aufgenommen werden, da diese Kreise wohl nicht sehr viel Kartoffeln genießen dürften; ich bin überzeugt, daß sie meist andere Nahrungsmittel vorziehen.

An die Regelung der Massenspeisungen muß mit großer Energie herangegangen werden. Obwohl offensichtlich dagegen, wie aus den Worten des Herrn Vorredners hervorgeht, noch viel Voreingenommenheit besteht, hat der Herr Senatskommissar doch gesagt, daß die Frage erwogen werde. „Es wird erwogen“, das gehört auch zu den stehenden Redensarten. In Hamburg ist man über das Stadium der Erwägungen längst hinaus. Daß die Massenspeisungen das Familienglück beeinträchtigen usw., darum handelt es sich gar nicht, es kommt nur darauf an, daß die hungrigen Mägen etwas bekommen. Besonders den arbeitenden Frauen würden durch eine Massenspeisung große Erleichterungen geschaffen. Natürlich kommt es dabei sehr auf den Preis an. In Hamburg hat man in der Hinsicht sehr gute Erfahrungen gemacht, und es hat sich herausgestellt, daß die Frauen von der Einrichtung in immer steigendem Maße Gebrauch gemacht haben. In Hamburg ist der Preis für eine bestimmte Menge — ich glaube ein Liter — auf 20 $\mathcal{M}$ festgestellt, in Berlin auf 30 $\mathcal{M}$. Darauf kommt es natürlich sehr an, wie hoch der Preis ist. Die Beschaffung der Lebensmittel und die Zubereitung muß ferner sorgsam bewacht werden, es muß alles zentral geregelt werden. Dabei wird es ja Schwierigkeiten geben, aber es muß

das Bestreben sein, das Beste auf diesem Gebiet zu erreichen, was zu erreichen ist.

Dann hat der Herr Senatskommissar gemeint, daß die Schweinezucht in den kleineren Haushalten gefördert werden müsse. Ueber diese Frage haben wir uns schon vor dem Kriege unterhalten, Herr Kunoth hatte ähnliche Vorschläge gemacht. Ich bin der Meinung, daß das eine außerordentlich schwierige Frage ist, in die sich der Herr Senatskommissar anscheinend noch nicht genügend vertieft hat. Die Frage der Massenspeisung ist noch leicht im Vergleich zu der Frage der Ferkelaufzucht. Ich will nur an eins erinnern, daß die Schweinezucht hauptsächlich in den Händen der kleinen Bauern liegt, die die Schweine aufziehen. Dazu ist die größte Sorgfalt notwendig, ich möchte sagen eine Liebe zum Ferkel. Die Kreise, an die man jetzt aber für die Schweineaufzucht denkt, haben gar nicht genügend Zeit und können der Sache nicht die genügende Aufmerksamkeit zuwenden. Und heute sind die Schwierigkeiten wegen des Futtermittelmangels noch größer als in Friedenszeiten.

Herr Präsident! Das ist eine außerordentlich schwierige Frage, und ich fürchte, daß mancher, wenn ihm so zugeredet wird, daß er ein Ferkel zur Aufzucht nehmen soll, wenn man ihm sagt, er solle es zu einem Vorzugspreise haben, daß mancher darauf eingeht, dem Räte folgt, und nachher bittere Erfahrungen macht. Wenn er das Tier aufgezogen hat, und es stirbt ihm eines Tages, so ist die ganze Sparkasse dieser Leute zugrunde gegangen. Davor möchte ich warnen. Dann ist es schon weit richtiger, wenn Mastverträge abgeschlossen werden. Wenn man nicht dazu übergehen will, was Ulm auf dem Gebiete der Schweinezucht geleistet hat, dann sollte man Verträge schließen, die uns eine genügende Zufuhr von Schweinen sichern. Die Verträge müssen so geschlossen werden, daß die Tiere uns in gutem Zustande zugeführt werden, wie es notwendig ist. Wenn kleine Leute die Aufzucht erhalten, dann würden es Proletarierschweine, minderernährte Schweine werden. Man sollte ihre wegen keine übertriebenen Hoffnungen haben. Wir hoffen, von solchen Mastverträgen das Beste, wir müssen nur vorsichtig sein. Ich hätte gerne noch etwas darüber gehört, ob man nicht zu hohe Preise für die Tiere bezahlt, wenn der Preis abgemessen wird nach den Futtermittelpreisen. Man könnte, wenn man diese Berechnung zugrunde legt, vielleicht noch etwas günstiger abschließen. Die Leute, die ihre Futtermittel selbst ziehen, haben wahrscheinlich einen guten Verdienst.

Der Herr Senatskommissar hat gesprochen von der steigenden Zahl der Fleischarten. Ich will ohne weiteres anerkennen, soweit mein Ueberblick reicht über die einzelnen Städte, kann Bremen behaupten, daß es leidlich Gutes getan hat. Verhältnismäßig stehen wir an der Spitze, aber das beweist nicht, daß Bremen alles geleistet hat, was es hätte leisten können. (Lachen.) Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich will wiederum

andeuten, wenn Sie unseren Vorschlägen, die wir im Frieden gemacht haben, gefolgt wären, dann wäre bedeutend mehr zu leisten gewesen, als Sie während des Krieges geleistet haben, und daraus folgt, daß man diese Frage im Auge behalten muß, und daß dieses nicht angesehen werden muß, als eine Kriegsmaßnahme, die man wieder abschafft, wenn der Krieg vorbei ist. Man muß diesen „Sozialkommunismus“ ausbauen. Das soziale Prinzip muß das gegenwärtig herrschende individualistische Prinzip in den Schatten stellen. Es geht nicht anders, als auf diese Weise die Lebensmittelfrage zu lösen. Der Senatskommissar hat gesagt, daß die Ziffern beweisen, daß auch die Fleischmengen empfangen seien. Das ist ein Fehlschluß. Ich kann sagen, daß viele Leute, die solche Karten bekommen haben, nicht das Fleisch haben kaufen können. Heute morgen sind einige Frauen bei Herrn Senator Biermann gewesen und haben einzelne Fleischkarten zurückgeliefert, die über etwa 5000 Pfund lauten. Das sind Fleischkarten, die noch aufzutreiben waren in letzter Zeit. Bei dieser Aufnahme ist immer wieder die Erfahrung gemacht, daß eine ganze Menge solcher Fleischkarten vernichtet worden sind. Die Tatsache, daß diese Karten ausgegeben sind, beweist noch nicht, daß die Leute auch tatsächlich Fleisch bekommen haben. Ich glaube, man sollte sich vor solchen Fehlschlüssen hüten.

Was die Ansammlungen angeht, so muß ich unterschreiben, was Herr Waigand gesagt hat. In Dresden ist geradezu eine ideale Lösung gefunden worden, sie zu verhindern. Ich verstehe nicht, warum sie hier nicht akzeptiert wird. Der Senatskommissar hat gesagt, wir haben nur einige Male eine Unterbrechung der Zufuhr von Butter gehabt. Kann er die Gewähr geben, daß hier nicht wieder eine solche Unterbrechung stattfindet? Er hat uns schöne Ausichten eröffnet über die Ernte, besonders der Futtermittel. Das sind Hoffnungen und nichts anderes. Ob der Sommer, der, wie Herr Senator Stadtländer bemerkte, heute angefangen hat, ein Sommer werden wird, der eine gute Ernte bringen wird, das wollen wir abwarten. Wie, wenn wir einen nassen Sommer bekommen? Dann weiß ich nicht, ob nicht ein solcher Sommer uns in eben solche Verlegenheit bringen kann als ein trockener. Das ist keine abgeschlossene Frage. Das Schlimmste aber ist, wenn man die Bevölkerung durch Hoffnungen ernähren will. Damit können Sie nur im Anfang beruhigen, aber wenn wir diese Hoffnungen nicht erfüllen, wird der Unwille später größer sein. Wenn sich der Unwille in einer Reihe von größeren Städten, in München, Kiel, Chemnitz, Berlin sehr deutlich gezeigt hat, so ist das ein Zeichen, von dem man lernen sollte, die Massen nicht mit Hoffnungen zu füttern, sondern ihnen etwas Materielles zu geben. Ich bin freilich der Meinung, daß auf diesem Gebiete der Lebensmittelversorgung einmal den Kommunen sehr viel zugemutet ist von Seiten der Reichsleitung. Ich bin der Meinung, wenn wir in

Deutschland eine andere Zusammensetzung der Regierung hätten, dann wären den Kommunen nicht auf diesem Gebiete Aufgaben zugewiesen worden, die sie nicht oder äußerst schwer lösen können. Die Aufgaben sind deswegen so schwierig geworden, weil die Reichsleitung sich die Arbeit einfach vom Halse geschafft hat. Insofern war Herr Waigand auch berechtigt, hier auf die Reichspolitik einzugehen. Wir haben nun ein Kriegs-ernährungsamt. Wir wollen sehen, ob die Versprechungen erfüllt werden.

Ich darf noch zurückkommen auf ein Wort, daß der Senatskommissar gesprochen hat. Er hat gesprochen von dem Hauptgrunde, auf den die Schwierigkeiten in der Ernährung zurückzuführen seien. Ich bin überzeugt, die Hauptschwierigkeit wird nicht dadurch gehoben, daß ein Herr, der zweifellos ein kluger Herr ist und viel Lebenserfahrung hat, an die Spitze eines neuen Amtes gestellt worden ist, sondern die Schwierigkeiten liegen im wesentlichen in der kapitalistischen Produktion begründet (Heiterkeit, Lachen, Zustimmung) und alle Verteidigung, die der Herr Senatskommissar hier dem süßen Handel hat zuteil werden lassen, kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade der freie Handel Sünde auf Sünde auf sich geladen hat, so daß seine früheren Sünden demgegenüber fast in den Schatten gestellt sind. Er hat ein schweres Sündenkonto; aber das beweist, daß wir Sozialdemokraten ihn niemals falsch eingeschätzt haben. Der Handel sollte nicht in der Weise verteidigt werden, wie es von Seiten des Senatskommissars geschehen ist, auch nicht in einer Handelsstadt. Der Handel hat hier im großen Maße versagt, und es muß ein Hemmschuh sein für die Leute, die an die Lösung der Ernährungsaufgaben gehen, wenn sie dem Handel zutommen lassen wollen, was nach ihrer Meinung des Handels ist. Worauf ich hinaus will, werden Sie danach noch nicht erkennen. (Widerpruch.) Ich bin der Meinung, man hätte den Genossenschaften, die in ganz Deutschland bestehen, einen viel größeren Teil der Lösung dieser Aufgaben zuteil werden lassen sollen. (Zuruf Leymann: Ist das kein Handel?) Ja, Herr Leymann, das ist eine schlaue Frage, um sie zu beantworten, müßte ich Sie mit dem Genossenschaftswesen bekannt machen.

In den Genossenschaften setzt sich der Gemeinschaftsgeist durch, während beim süßen Handel das Profitinteresse zum Durchbruch kommt. Und das ist ein arger Hemmschuh auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gewesen, das ist der Kernpunkt, über den Sie nicht hinwegkommen werden, das Reich nicht und die Kommunen auch nicht. Am wenigsten kommt man darüber hinweg, wenn man noch auf einzelne Berufsschichten Rücksicht nimmt. Ich kann von meinem Standpunkte aus nur ermahnen, diese Rücksichten fallen zu lassen, sonst werden Sie bittere Erfahrungen machen insofern, als die minderbemittelte Bevölkerung nicht mehr die Ruhe bewahren wird. (Unruhe.) Täuschen

Sie sich nicht, Sie sind im Irrtume, wenn Sie meinen, die Leute seien so ernährt, wie sie es sein müßten, sie seien gerade so, wie es möglich wäre, um die Wünsche des Senatskommissars, des ersten Redners, zu erfüllen. Nein, die Erbitterung in den unteren Schichten der Bevölkerung, besonders in den Kreisen der Frauen ist im Wachsen. Dafür haben in einzelnen Städten Ansammlungen, auch Krawalle, die besten Beweise gegeben, und wenn Sie nicht mit aller Energie unter Beiseitestellung aller Rücksichten in der Regelung dieser Frage vorgehen, insbesondere auch in der Massenspeisung, so werden Sie Erfahrungen machen, wie ich sie vorausgesagt habe.

Präsident: Die Verhandlung ist — — — (Herr Senator Stadtländer erhebt sich.) Hatten Sie sich noch zum Wort gemeldet, Herr Senatskommissar? (Herr Formann zum Präsidenten: Herr Senator Stadtländer hat sich rechtzeitig gemeldet.) Bitte, Herr Senator!

Senatskommissar Herr Senator Dr. Stadtländer: Auf die lange Rede des Herrn Henke will ich nicht lang erwidern, sondern nur mit ganz kurzen Worten. Die ganze Henkesche Rede war nichts weiter als ein Anpreisen seines sozialpolitischen Radikalismus. Irgend eine der Fragen, die heute zur Erörterung stehen, hat er der Erledigung nicht näher geführt. Herr Henke ist soweit gegangen, daß er erklärt hat, die Frage der Ferkelaufzucht sei viel schwieriger als die Frage der Massenspeisung, und hat sich nicht gescheut, auszusprechen, daß die Massenspeisung zwangsweise für die ganze Bevölkerung eingeführt werden müsse. Das charakterisiert seinen ganzen Standpunkt. Warum will er nicht auch die Ferkelaufzucht zwangsweise einführen, so daß wir alle dazu gezwungen sind? (Heiterkeit.) Uns scheiden grundsätzliche Anschauungen. Herr Henke will den Zwang auf allen Gebieten. Unser Bestreben ist, auch während der Kriegsnot jedem Einzelnen, soweit es möglich ist, das Maß der Freiheit zu erhalten, dessen er zu einem würdigen Leben bedarf. Dadurch unterscheiden wir uns von Herrn Henke. Seine Zwangswege gehen wir nicht. (Beifall.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Waigand, Henke.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Ueber den Schluß

Herr Waigand: Ich möchte bitten, den Schluß abzulehnen. Es liegt kein Anlaß vor, uns zu verhindern, noch Ausführungen zu machen. Es handelt sich um eine wichtige Frage. Daß man sich darüber ausspricht, ist notwendig. Es muß gesagt werden, was man tatsächlich von uns in der Bürgerschaft erwartet. Es wäre meiner Ansicht nach nicht politisch, wenn Sie Schluß machen würden.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Herr Henke: Zu einer persönlichen Bemerkung!

Präsident: Herr Henke hat das Wort zur Abwehr eines persönlichen Angriffs.

Herr Henke: Herr Senator Stadtländer hat gemeint, daß sich „das Streben der Herren darin betätige, die persönliche Freiheit auch während des Krieges zu sichern.“ Aber den Vorwurf, der darin liegt, daß ich diese persönliche Freiheit negiere, muß ich aufs allerjährlste zurückweisen. Weiter will ich tatsächlich feststellen, daß der Herr Senatskommissar gesagt hat, daß wir ohne solche Freiheit nicht leben könnten. Aber die Freiheit auf diesem Gebiet, um das es sich handelt, besteht höchstens in der Freiheit, zu verhungern. (Heiterkeit. Unruhe. Zuruf: Darnach sehen Sie gerade aus!)

Der Schlußantrag wird angenommen.

Herr Hagemeyer (Schlußwort!): Nur ein paar Worte. Ich möchte zunächst Herrn Henke wegen der Schweinemastverträge erwidern, daß er diese nicht zu kennen scheint. Die Sache liegt so, daß die kleinen Leute sich dazu drängten, Ferkel zu bekommen, ehe noch die Aussicht bestand, die Ferkel und die Futtermittel billig zu bekommen. Ehe dies bekannt wurde, haben sich hunderte, ja fast tausend kleine Leute gemeldet, die Schweine mästen wollen. Auch unsere Schweinemastverträge sind vielfach mit kleinen Leuten abgeschlossen worden.

Was die Frage der Lebensmittel- und Fleischkarten anlangt, so ist uns berichtet worden, daß man — wahrscheinlich von seiten der Freunde des Herrn Henke — von Haus zu Haus gegangen ist und die Frauen geradezu gepreßt hat, damit sie ihre Lebensmittelkarten hergeben. (Zurufe.) Man wollte sie jedenfalls haben, um zu beweisen, daß sie nicht benutzt werden könnten. Die Folge davon ist aber gewesen, daß diese Leute Fleisch und andere Lebensmittel nicht mehr kaufen können.

Nun meine ich, daß solche Ausdrücke, wie sie Herr Henke heute gebraucht hat — Sündenkonto des Handels, kapitalistische Produktionsweise — ganz gewiß nicht geeignet sind, den Burgfrieden zu erhalten, der in Bremen bisher von uns allen gehalten worden ist. Ich bin auch der Meinung, daß ein Mann wie Herr Henke, es nicht wagen sollte, hier in der Bürgerschaft so aufzutreten. Ein Mann, der in Berlin ganz offenkundig eine Politik getrieben hat, die auf eine Zerspaltung der Kräfte in Deutschland unsern Feinden gegenüber hinausläuft, während es doch das wichtigste ist, daß wir die innere Geschlossenheit bewahren, der Mann, der eine negative Politik getrieben und alles getan hat, bewußt oder unbewußt, Deutschlands Interessen zu schädigen, dieser Mann tritt hier auf und will unsere Maßnahmen kritisieren. Wenn heute in dieser Kriegszeit, in der Zeit der großen Gefahr für unser

Vaterland, Kritik geübt wird, so sollte sie nur dann geübt werden, wo es eine unbedingte Notwendigkeit ist, und dann sollte nur eine solche Kritik geübt werden, die uns Vorteile verschafft, die erreichen will, daß das Reich mehr gesichert werde, so daß die Vorteile der Kritik größer sind als der Schaden. Wir alle haben die Pflicht, praktisch mitzuarbeiten, und nur eine solche Kritik kann uns heute von Nutzen sein, die darauf fördernd einwirkt. Jede andere Kritik, jede Verhegung, jedes Wort der Verhegung führt dazu, daß die vaterländischen Interessen geschädigt werden. (Sehr richtig!) Alle derartigen Bemerkungen über die Zustände hier in Deutschland gehen doch wie ein Lauffeuer durch alle Hauptstädte unserer Feinde. Und nicht nur das: sie werden aufgebauscht und gehen in die Schützengräben und machen unsern Soldaten, die dort so lange kampieren, das Herz schwer. Ich habe hier eine Zeitung, ein Gegenstück der „Gazette des Ardennes“, die von den Franzosen verbreitete „Feldpost“. Sie enthält die Aufschrift „Durchhungern und Durchmorden bis zum äußersten“. Auf der zweiten Seite steht unter der Ueberschrift: eine traurige Statistik, wie sie vom sozialdemokratischen Verein und dem Gewerkschaftskartell in Bremen Ende November vorigen Jahres veranstaltet ist und worin es heißt, daß die Arbeiterbevölkerung Bremens unter der Lebensmittelpnot leidet. Das ist das Ergebnis einer Umfrage in 787 Haushaltungen von den in Bremen vorhandenen 60 000! (Hört! Hört!) Das ist ein Zeichen dafür, wie jede derartige Sache weiterläuft und unsere Interessen schädigt. Ich möchte allen Herren, die irgend welchen Einfluß haben auf die, die Kritik üben, die Zeitungen schreiben, die Versammlungen von Frauen veranstalten — dafür soll es schon ein Komitee geben — dringend ans Herz legen, alles zu tun, damit so etwas vermieden werde. Herr Präsident! Meine Herren! Die günstige militärische Gesamtlage fordert von uns, daß wir nach außen hin die politische Geschlossenheit zeigen, damit dem Feinde niemals die Zuversicht wieder erstehen kann, daß er uns infolge unserer inneren Zwietracht schaden kann. Wir müssen auch unsern Soldaten zeigen, daß wir aushalten können (Zuruf: wollen!) und wollen. Wir müssen das Bild fester Einigung und Geschlossenheit bewahren. Das können wir nur, wenn jeder Einzelne in jedem Dorf, in jeder kleinen Stadt und jeder in den großen Städten das Bestreben hat. (Lebhafter Beifall.)

Herr Henke: Ich bitte ums Wort zur Abwehr eines persönlichen Angriffs.

Präsident: Ich habe nicht gehört, daß ein persönlicher Angriff gegen Sie gerichtet ist.

Herr Henke: Herr Hagemeyer hat in seiner Rede, im Schlußwort, persönliche Angriffe gegen mich gerichtet. Herr Hagemeyer hat meine politische Tätigkeit in Berlin einer Kritik unterzogen (Zuruf: Tatsachen festgestellt!)

und Äußerungen gemacht, die selbst Herren von der bürgerlichen Linken zu dem Zuruf veranlaßten: Gehört das ins Schlußwort? Sie werden es mir nachempfinden, daß ich auf die Angriffe, die er gegen mich gerichtet hat, antworten möchte.

Präsident: Herr Hagemeyer hat Ihre politische Tätigkeit kritisiert, aber keine persönlichen Angriffe gegen Sie gerichtet.

Herr Henke: Es waren persönliche Angriffe, gegen die ich mich wehren muß. Er hat das getan, um mich zu verunglimpfen.

Präsident: Einen persönlichen Angriff habe ich nicht gehört.

Herr Henke: Dann werde ich die erste Gelegenheit ergreifen, um zu antworten.

Präsident: Das können Sie.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Antrag auf Bewilligung weiterer 4 Millionen wird angenommen.

Der Bericht wegen der Fleischbestandsaufnahme wird dankend entgegengenommen.

Präsident: Ich glaube, wir können noch einige Gegenstände, soweit sie keine erhebliche Debatte hervorrufen, erledigen. Die Sachen, die größere Debatten hervorrufen, können von der Tagesordnung abgesetzt werden.

2. Jahresbericht der Deputation für die Stadtbibliothek.

Der Bericht wird debattelos dankend zur Kenntnis genommen.

3. Anschluß der Stadtbibliothek an das Fernsprechnetz.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

4. Neuanschaffungen für die Stadtbibliothek.

Der Bericht wird debattelos dankend zur Kenntnis genommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1916:

1. Regulierung der Waller Heerstraße, Ecke Stiftstraße.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

2. Uebertragbarkeit der sämtlichen Positionen des Spezialbudgets Nr. 126, Jugendamt.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1916:

4. Nachbewilligung auf den Voranschlag des Hanseatischen Oberlandesgerichts für 1916.

Präsident: Es ist nur das von Bremen zu tragende eine Sechstel zu bewilligen.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 1916:

Budget der öffentlichen Grundstücke (Spezialbudget Nr. 74).

Herr Schierenbeck: Ich möchte nur den Wunsch ausdrücken, daß, wenn die Dame in Anbetracht ihrer guten Dienste demnächst fest angestellt wird, sie unter solchen Verhältnissen angestellt werde, daß darüber die Kanzleihilfen nicht unzufrieden sein müssen.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 1916:

1. Jahresbericht des Gewerbemuseums 1915/16.

Präsident: Die Behörde für das Gewerbemuseum spricht ihren wärmsten Dank und vollste Anerkennung für das hochherzige Geschenk aus. Ich nehme an, daß die Bürgerschaft sich diesem Danke anschließen will. (Zustimmung.)

Herr Formann: Herr Präsident! Der Bericht zeugt jedenfalls von einer fleißigen Arbeit, die auch im Kriege geleistet ist. Stutzig hat mich eine Bemerkung gemacht, welche auf Seite 420 steht. Es ist davon die Rede, daß zwei Herren über das Maß ihrer Pflichtstunden hinaus eine erhebliche Mehrarbeit geleistet haben, und es ist ausdrücklich bemerkt, daß diese Arbeit nicht honoriert werden konnte, weil die nötigen Mittel dafür nicht vorhanden waren. Ich meine, wenn durch mehrere Semester hindurch diese Mehrarbeit geleistet worden ist, so ist es gewiß, daß sie zum mindesten sehr wünschenswert war; und die Deputation braucht in dieser Beziehung nicht zu sorgen, daß die Bürgerschaft nicht jederzeit bereit sein würde, die Mittel dafür zu bewilligen. Es dient ja der Förderung des Kunstgewerbes. Ich möchte bitten, diese Art der Bescheidenheit fallen zu lassen und in Zukunft die Mittel in das Budget zu stellen oder nachzufordern, damit derartige Arbeiten honoriert werden können. (Zustimmung.)

Präsident: Wir nehmen die Berichte dankend entgegen und schließen uns dem Dank für das Vermächtnis an.

2. Pachtvertrag mit der Bremer Straßenbahn A.-G. über Gelände in Burg.

Herr Landgerichtsdirektor Richter Dr. Abegg: Der Juristischen Kommission ist es aufgefallen, daß als Anfangsdatum der 10. November 1915 genannt wird, daß von diesem Tage die erste Pachttrate zu zahlen gewesen ist. Es ergab sich der Gedanke, ob ein Irrtum vorliegen könnte. Der Vorsitzer der Deputation Herr Senator Kirchhoff hat aber erklärt, daß keine Bedenken vorliegen; Weiterungen würden sich daraus nicht ergeben. Ich glaube deshalb, daß die Bürgerschaft sich dabei beruhigen kann.

Präsident: Ich nehme an, daß eine Spezialdebatte über den Vertrag nicht stattfinden soll.

Die Bürgerschaft genehmigt den Vertrag.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1916:

1. Antrag, betreffend Quartierlasten.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Albrecht: Ich bitte den Gegenstand heute von der Tagesordnung abzusetzen, da Herr Achelis aus geschäftlichen Gründen in Berlin zurückgehalten und nicht anwesend ist.

Herr Pappier: Ich bitte über den Antrag zu verhandeln, wenn auch Herr Achelis nicht anwesend ist. Es hat sich herausgestellt, daß die Grundlage für diesen Antrag nicht zutreffend war. Außerdem hat das Quartieramt angefangen, neue Verpflichtungsscheine zu verteilen, und nach den Äußerungen, die gefallen sind, wird es wünschenswert sein, daß das Publikum aufgeklärt wird, daß es ein Vorteil für die Quartierpflichtigen ist, diesen Schein zu unterschreiben. Ich bitte, mir deshalb zuzustimmen. Zudem hat Herr Albrecht mir gesagt, daß er der Vater dieses Antrags ist. Er hat mir eine Mitteilung gemacht, wonach er hier eine Erklärung über Unzutreffendes im Antrage abgeben wollte. Ich bitte also, den Gegenstand zu verhandeln.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Garbes: Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident (Nach der Auszählung): Die Versammlung ist nicht mehr beschlußfähig. — Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 40 Minuten.

